xhain STACHEL

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Editorial

*Liebe Leser*innen,*

*mit einem hervorragenden Ergebnis sind wir aus der Europawahl hervorgegangen, 27,8 % in Berlin und bei uns im Bezirk sensationelle 40,3 %. Wir bedanken uns bei allen Wähler*innen und allen, die im Wahlkampf so unermüdlich geholfen haben, wir gratulieren Anna, Ska und Erik und allen Berliner Abgeordneten und wünschen Ihnen erfolgreiche Arbeit in Brüssel und Straßburg.*

*Auch in unseren Nachbarländern Brandenburg und Sachsen konnten wir zulegen, aber dennoch bleibt das Ergebnis der AfD dort erschreckend. In Sachsen haben zwei Drittel aller Wähler*innen rechte oder rechtsextreme Parteien gewählt. Angesichts der Klimakrise – Schwerpunkt dieser Ausgabe – und härter werdender Verteilungskämpfe bleibt der Kampf für die offene Gesellschaft und ein gleichberechtigtes Miteinander aller eine ständige Aufgabe und Herausforderung.*

Eure Redaktion

Inhalt

	Seite
Bundeswehrauslandseinsätze	2
Mauerfall	2
Stadtgrün	3
Klimanotstand	3
Feuerwache Friedrichshain	3
Interwiev: Florian Schmidt	4
Temporäre Spielstraße	4
Klimakrise	4
Baustelle Schule	5
SUV	5
Pflege im Kiez	5
Mietendeckel	6
Bezirkshaushalt	7
AG Stadt	7
Dach über Kopf	7
Kampf gegen Verdrängung	8
Rio Reiser	8
Bunt-Grün	8
Görli	9
Migration in Deutschland	10
Maria von Maltzan	10
Impressum	10
Kommunales Vorkaufsrecht	11
Service	11
Ströbele zum 80sten	12
Antidiskriminierungsgesetz	12

Klimanotstand darf kein Dauerzustand sein

Protest gegen Klimanotstand in Berlin – Fridays for Future im Sommer 2019 *Foto: ck*

Keine Woche vergeht in diesem Sommer ohne dramatische Nachrichten zur Lage unseres Planeten. Die Welt und damit auch wir befinden uns längst im Klimanotstand – auch ohne dass ihn jemand ausruft. Es ist unsere Realität.

Aktuell brennt der Regenwald im Amazonas, zudem stellt sich heraus, dass der arktische Permafrost mit einer Rekordgeschwindigkeit aufweicht. Expert*innen erwarteten diese massive Veränderung erst im Jahr 2090. In diesem Sommer schwitzten in Friedrichshain-Kreuzberg Menschen um 21:30 Uhr bei 30 Grad auf ihren Balkonen, in ihren Wohnungen und in den Restaurants und Kneipen, während die Straßenbäume vor den Lokalen verdorren. Dieses Jahr mussten wir als Bezirksamt in Friedrichshain-Kreuzberg bereits im April die Menschen bitten, uns beim Gießen der Bäume zu unterstützen. Für einige scheint es daher, als habe die kommunale Politik und Verwaltung hier nicht ausreichend gehandelt.

Maßnahmen im Bezirk

Dabei gibt es in Friedrichshain-Kreuzberg seit Jahren ein ganzes Bündel an Klimaschutzmaßnahmen. Wir treiben die energetische Sanierung unserer bezirkseigenen Gebäude voran, planen die Begrünung unserer Dächer und mehr Solaranlagen.

Wir bauen Trinkbrunnen im öffentlichen Raum und Wasserspender in den Gebäuden des Bezirksamts, denn Leitungswasser ist nachhaltig und spart CO_2. Wir bauen unseren kommunalen Fuhrpark nachhaltig um und setzen dabei insbesondere auf Fahrräder – für die Einsatzkräfte des Ordnungsamtes genauso wie für die Mitarbeiter*innen des Grünflächenamtes. Das beste Auto ist schließlich immer noch kein Auto. Die Radinfrastruktur wird ausgebaut und auf den Bunkerbergen im Volkspark Friedrichshain wird ein Wald aus heimischen Bäumen und Sträuchern gepflanzt. Wir unterstützen Initiativen vor Ort, die sich in ihren Kiezen für Verkehrsberuhigung oder Autofreiheit einsetzen wie im Wrangelkiez und probieren in der Böckhstraße neue Konzepte zur Nutzung des Straßenraumes aus.

Aber auch international setzen wir uns für Klimaschutz ein: in der Zusammenarbeit mit unserer Partnergemeinde San Rafael del Sur in Nicaragua, wo die Folgen des Klimawandels schon länger und dramatischer spürbar sind als bei uns in Berlin. Aktuell unterstützen wir die Kommune dort beim Aufforsten einen ehemaligen Kalksteinbruchs und durch regelmäßigen Wissenstransfer zwischen unseren Verwaltungen.

Radikaleres Handeln ist notwendig

All das sind gute und wichtige Maßnahmen, aber sie reichen nicht mehr aus. Wir haben nicht viel Zeit und müssen schneller und radikaler handeln. Damit Klimaschutz kommunal wirksam werden kann, brauchen wir Kommunen Unterstützung von der Bundesebene, wir brauchen entsprechende Gesetzesänderungen und wir brauchen dringend finanzielle und personelle Ressourcen, um dem Klimawandel zu begegnen.

Wer Klimaschutz vor Ort konkret wirksam machen will, muss sich trauen, radikaler zu denken als bisher. Alle Beschlüsse und sämtliches Verwaltungshandeln müssen unter Klimavorbehalt gestellt werden. Keine Bebauung mehr ohne Klimaprüfung. Wir brauchen eine Pflicht zum klimaneutralen Bauen, Solarzellen auf jedem Dach sowie die Begrünung der Dächer und Fassaden.

Nicht nur bei Immobilien, auch im öffentlichen Raum muss der Klimaschutz noch viel stärker berücksichtigt und umgesetzt werden. Unsere Straßen, Plätze, Parks und Bürgersteige sind ein Gemeingut, das

Clara Herrmann *Foto: privat*

im Sinne des Gemeinwohls genutzt werden kann und muss. Wenn die globale Erwärmung ansteigt und das Leben in den Städten immer schwieriger und gesundheitsgefährdender wird, müssen wir auch unbequeme Entscheidungen treffen und umsetzen. Wir brauchen in der Stadt jede grüne Oase im öffentlichen Raum, jeder Baum ist eine biologische Klimaanlage. Ein Parkplatz mit glühendem Asphalt hingegen nutzt nur der einen Person, die dort ihr Auto abstellt. Der Allgemeinheit dient er nicht. Radikaler Klimaschutz bedeutet, in der Innenstadt keine weiteren Grünflächen zu bebauen, sondern im Zweifel öffentliche Flächen zu entsiegeln und zu begrünen.

Grüne Oasen gegen den Klimanotstand

Viele Kommunen, wie die Stadt Potsdam haben mittlerweile den „Klimanotstand“ ausgerufen. Ein Notstand bedeutet, dass der Staat in Ausnahmezuständen stärkere Eingriffsrechte hat, zum Beispiel gegenüber privaten Akteur*innen. Ein Bezirk kann diesen Notstand in Berlin gar nicht ausrufen, das kann nur das Land Berlin.

Das Ausrufen des Klimanotstands ist ein Alarmzeichen. Noch wichtiger ist aber, konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz folgen zu lassen. Ein Notstand kann schließlich kein Dauerzustand sein.

Clara Herrmann,
Bezirksstadträtin für Finanzen, Umwelt und Kultur

Dem Frieden verpflichtet

Auslandseinstätze der Bundeswehr sind nur unter bestimmten rechtlichen Bedingungen möglich. Die Konflikte in der Region Irak und Syrien sind mit dem Einsatz von Soldaten aus Deutschland nicht zu lösen.

Konsequentes Eintreten für Frieden ist mir wichtig. Dabei sehe ich mich dem Auftrag aus meinem Wahlkreis verpflichtet: Seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag im September 2017 habe ich alle Vorlagen der Bundesregierung zum Einsatz der Bundeswehr im Ausland abgelehnt. Dabei handelte es sich um Bundeswehreinsätze, die seit Jahren bestehen und über die jährlich im Parlament entschieden wird. Dennoch sind alle bestehenden Mandate zum Einsatz der Bundeswehr durch die Mehrheit von CDU und SPD verlängert worden.

Im Herbst werden im Deutschen Bundestag wieder verschiedene Mandate zum Einsatz der Bundeswehr im Ausland durch Anträge der Bundesregierung zur Verlängerung vorgelegt werden. Denn jeder Einsatz der Bundeswehr, der keine Mehrheit im Parlament erhalten würde, wäre rechtswidrig. Das Erfordernis eines konstitutiven Mandats des Deutschen Bundestages gilt für alle Auslandseinsätze bewaffneter Streitkräfte – unabhängig von ihrer verfassungsrechtlichen Grundlage. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt ausgeführt, dass der Parlamentsvorbehalt ausnahmslos auch für Einsätze außerhalb von Systemen kollektiver Sicherheit gilt und zwar ebenso für Einsätze zur Umsetzung einer Beistandspflicht (Art. 5 NATO-Vertrag, 42 Abs. 7 EU-Vertrag). Gemäß § 1 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes gilt: „Der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes bedarf der Zustimmung des Bundestages." Entscheidendes Kriterium hierbei ist die „Einbeziehung der Bundeswehr in bewaffnete Unternehmungen", nicht aber die Einbindung der Streitkräfte in ein kollektives Sicherheitssystem.

Verfassungswidriger Auslandseinsatz

Besonders umstritten ist der verfassungswidrige Einsatz der Bundeswehr in der sogenannten „Koalition der Willigen". Demnach besteht der Auftrag der Bundeswehr in der nachhaltigen Bekämpfung des IS in Syrien und Irak sowie in der Unterstützung der internationalen Anti-IS-Koalition durch die Bereitstellung von Luftbetankung, Aufklärung und Lagebilderstellung (insbes. luft- und raumgeschützt, auch durch die Beteiligung an AWACS-Flügen der NATO) und von Stabspersonal. Darüber hinaus soll er der Stabilisierung des Irak durch die Beteiligung am Fähigkeitsaufbau der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im Rahmen des Gesamtansatzes der internationalen Anti-IS-Koalition dienen.

Im August war ich als Teil einer Delegation in Jordanien und im Irak. Alle Gesprächspartner in Jordanien und Irak machten deutlich, dass es einen Frieden in der Region nur geben könne, wenn alle Nachbarn einbezogen werden. Dies ist für mich als Grüne umso wichtiger zu betonen, da vor einigen Wochen die unsinnige Überlegung des Parteivorsitzenden Robert Habeck kursierte, „eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Mission zum Schutz der Handelswege im Persischen Golf für denkbar" zu halten. Das ist nicht nur falsch, weil ein EU-Beschluss für einen Marineeinsatz im Persischen Golf nicht ausreichen würde, sondern es eines UN-Mandates bedürfte. Es ist auch politisch falsch und gefährlich die Region so zu betrachten. Denn diese Unfähigkeit der westlichen Politik, die Besonderheiten der Region mit ihren Konflikten aber auch mit ihren Gemeinsamkeiten zu in den Blick zu nehmen, ist Teil des Problems.

Wenn man sich exemplarisch die Aufklärungsflüge ansieht, fällt auf, dass die Aufnahmen den NATO-Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Mir wurde mitgeteilt, dass man der Türkei keine Aufnahmen überlassen würde, da diese eigene Ziele in der Region verfolge. Aber auf die Nachfrage, wie denn sichergestellt wird, dass die Aufnahmen nicht von der Türkei für deren Angriffe in Syrien genutzt werden, gab es keine Antwort. Die Sicherheitslage in Bagdad hat sich gegenüber meiner Reise vor ca. 1 ½ Jahren verbessert, dh. die Green Zone wurde aufgehoben, aber die Präsenz von Militär und Panzern in der Stadt ist symbolisch für den fragilen Zustand von Sicherheit in Bagdad. Zwischen Nordirak und Zentralirak sind noch viele Fragen offen, das heißt, die Uneinigkeit über Gebiet und Budget dauern immer noch an und verursachen ein Vakuum als umkämpftes Staatsgebiet, in dem der IS Rückzugsräume hat, die eine Rückkehr der Vertriebenen Minderheiten faktisch unmöglich machen, wie uns von einer jesidischen Frau berichtet wurde. Die Regionalregierung in Erbil und die Zentralregierung in Bagdad müssten jeweils Beiträge zur Einigung in vorgenannten Konflikten leisten, um wirksame Erfolge bei der Bekämpfung des IS zu erzielen. Hierbei könnte die Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle übernehmen, indem sie die Soldaten aus dem Irak abzieht und stattdessen Verhandler*innen und Verhandlungstische in den Irak entsendet.

Menschenrechte stärken – Geflüchtete unterstützen

Besonders bewegend ist die Situation der Geflüchteten in Jordanien und im Irak. Die Lager waren teilweise für kürzere Zeiten und weniger Menschen ausgelegt und es ist ein ständiger Kampf der Vereinten Nationen, um die Mittel für die Versorgung der Menschen zu gewährleisten. Hinzu kommt die Gefahr der Rekrutierungsversuche durch den IS in den Lagern. Gerade im humanitären Bereich könnten Deutschland und Europa noch mehr tun, um den Menschen Lebens- und Zukunftsperspektiven in der Region zu ermöglichen. Besonders erschütternd ist die Situation der vom IS verschleppten, versklavten und vergewaltigten jesidischen Frauen. Bei einem Treffen mit der Organisation Hawar Help schildeten uns die Frauen eindrucksvoll, wie schutzlos sie in der Gesellschaft mit ihren Kindern sind und machten deutlich, dass es Unterstützung vor Ort braucht, damit die Frauen für sich und ihre Kinder sorgen können.

Die Konflikte in der Welt gehen uns an und verlangen auch nach einem Engagement Deutschlands in der Welt. Doch es ist falsch, ohne eine Strategie und in einer Allianz, die keine Legitimation hat, deutsche Soldat*innen in verfassungswidrige Auslandseinsätze zu entsenden. Daher werde ich im Deutschen Bundestag gegen den Einsatz der Bundeswehr in Jordanien und im Irak stimmen. In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nur grenzüberschreitend gelöst werden können. Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter steht allen Menschen gleichermaßen zu.

Canan Bayram,
Mitglied des Bundestages

Diese elendige Mauer | ein Kommentar

Um den 9. November rum werden sie wieder auf den Bildschirmen flimmern: die jungen dauergewellten Leute, die in ihren lilafarbenen Anoraks den Grenzer an der Bornholmer Straße umarmen oder den guten halbtrockenen Rotkäppchen-Sekt auf dem Mauerstück vor dem Brandenburger Tor trinken. „30 Jahre ist das jetzt schon her!", werden wir seufzen. Damals sind die Leute trotz der realen Gefahr durch die Stasi auf die Straße gegangen, um für ihr Wahlrecht zu kämpfen. Ich hab es ja noch nicht mal zu einem Friday for Future geschafft.

Der Aufbruch ist falsch abgebogen

Vor ein paar Jahren konnte man noch saumselig ein paar gerührte Tränen kullern lassen und war doch irgendwie gewiss, dass es schon noch hier und da in Deutschland ruckelt, aber „zusammen ist, was zusammen gehört!". Auch 2015 bei der Lichtergrenze entlang des ehemaligen antifaschistischen Schutzwalls war es ein ganz muckeliges Gefühl, dabei standen da schon seit einem Jahr Leute vor der Dresdener Frauenkirche und bekundeten mehr oder weniger, dass sie die Demokratie scheiße finden. Ekligerweise riefen sie: „Wir sind das Volk!", und wollten damit sagen, dass ausländisch gelesene Personen es nicht sind und der Euro weg muss. Die Merkel sei eine Diktatorin mit einer linksgrünversifften, genderfanatischen Mitläufer*innen-Armee. All das in einer Stadt, die auf jeden Fall zu den versprochenen blühenden Landschaften gehört und einen Ausländeranteil von 4,4% hat.

Natürlich machte sich Empörung breit, aber irgendwie dachte man auch, dass das Spinner*innen sind und sich das schon verwächst. Was es ja nach Rostock-Lichtenhagen und der Entdeckung des NSU auch schon nicht getan hat. Man hätte ja mal objektiv anerkennen können, dass der gesamte Staat auf dem rechten Auge blind ist, und aufarbeiten müssen, warum sich die Gewalt in ostdeutschen Bundesländern bündelt. Dass es in Westdeutschland kein Nazidenken gibt, kann mir keine*r erzählen: Kein einziger Nazirichter wurde in der BRD verurteilt. Das neonationalsozialistische Netzwerk in der Bundeswehr und unter Polizist*innen ist ein Fakt. Im Grunde tragen manche Faschos beige Windjacken, manche Londsdale-Jacken und viel zu viele Sturmhauben.

Was aber passiert ist, ist das, was Rechtspopulist*innen kalkuliert haben: Spaltung und Abgrenzung. „Die da drüben wollen keine Demokratie? Zieht die Mauer wieder hoch!", „Denen haben sie die Diktatur ins Hirn gebrannt!", „Sucksen! Jammerossi!", und irgendwie spürt man, dass viele etablierte Ressentiments endlich rausgelassen werden dürfen. Der Spiegel-Titel mit dem Deutschlandflaggen-Angelhut und den Worten „So isser, der Ossi!" ist der aktuelle Höhepunkt. Im Grunde hätten sie auch die Zonen-Gabi ausgraben können.

Ossi-Bashing für alle

Eine einfache Erklärung der historischen und persönlichen Fakten ist eigentlich auch nicht erwünscht. In Gesprächen gibt es im Grunde nur Anfeindungen. Eine Freundin aus Leipzig wird bei einem Essen angebrüllt, warum alle bei Pegida demonstrieren. Ich werde gefragt, ob meine Eltern nicht erkannt haben müssen, dass sie in Unfreiheit leben? Die sind Anfang der 50er geboren und na klar, Renate, die Flucht über die Mauer wäre ja im Grunde auch nur ein witziges Abenteuer. Leute aus Heidelberg und München sagen dir ins Gesicht, dass die Leute sich doch nicht beschweren sollen:, „Ihr hattet doch nüscht!" (Diesen Witz dürfen ausschließlich wir Ossis machen.) Und wie dämlich doch alle bei ihrem ersten Westbesuch aussahen in den „guten" Klamotten. Aber ist ja nur lustig gemeint, wird man ja wohl nochmal sagen dürfen, höhö. Kurzum: Es herrscht eine Erwartungshaltung bei Menschen, deren einziger Einschnitt durch die Wende der Soli war, die unrealistisch ist.

Wen basht man da eigentlich?

Bei all dem unerwarteten Hohn, der auf einen einprasselt, ahnt man auf einmal, woher diese Frustration „da drüben" kommen muss. Die Veränderungen in den neuen Bundesländern waren gravierend. Betriebe wurden abgewickelt, die Währung abgewertet und Ausbildung und bisher Geleistetes schlichtweg aberkannt. Was ist das für eine Reisefreiheit, wenn du dir nichts leisten kannst? Oft wird auch vergessen, dass es bei den Demos 1989 um Reformen in der DDR ging, nicht unbedingt um eine schnelle Wiedervereinigung. Natürlich muss Zeit ins Land gehen, damit etwas gut wird. Trotzdem wurde kein einziges Gesetz aus der DDR-Verfassung, die in Teilen progressiver war als die in der BRD, übernommen. Zum Beispiel Kinderbetreuung. Wie soll man sich da fühlen? Und jetzt gibt es Landstriche, die aussterben, weil qualifizierte Menschen weggehen. Die Dagebliebenen fühlen sich abgehängt. Die etablierte Politik hat das einfach vergessen oder zumindest die Konfrontation gescheut, Robert Habeck hat dies auch zugegeben. Es ist ein Fakt, dass nur 4 Prozent in den deutschen Vorständen aus der ehemaligen DDR kommen: es zeigt sich ein offensichtliches Ungleichgewicht in Karrierechancen. In jeder Diskussion darüber wird mir vorgeworfen, dass das alles Jammerossis sind. Ja, laut Umfragen sind es frustrierte mittelalte Männer. Die gibt's überall, aber warum da so viele? Und eigentlich sollten gerade die wissen, dass Rassismus scheiße ist.

Die Nazis, Rechtspopulist*innen und Aluhut-Träger*innen haben also ein Vakuum gefüllt, das nach der Wende entstand: In den Jugendclubs und Vereinsheimen waren sie es, die Konzerte oder Ähnliches organisiert haben.

Jetzt aber weg mit der Mauer!

Die Mischung aus Ignoranz, Frustration und Empathielosigkeit trägt nun bei vielen die kalkulierten braunblauen Früchte. Die Mauer ist in den Köpfen und die muss weg! 27,5 Prozent in Sachsen und 23,5 Prozent in Brandenburg sind eine alarmierende Klatsche, aber sie bedeuten nicht, dass alle so denken. Auch wenn die AfD immer wieder gern von der Enttäuschung über die bürgerlichen Parteien redet, halten viele Menschen und Initiativen engagiert dagegen. Sie müssen unbedingt weiterhin unterstützt werden, nicht nur im Wahlkampf. Es gab in der DDR ein geflügeltes Wort: „Du musst in die Betriebe gehen!" Also, machen wir das jetzt auch bitte. Denn mit jeder Wahl, bei der die AfD erfolgreich ist, bleibt immer nur Wut und Ratlosigkeit und das hat ja augenscheinlich zu nichts geführt.

Friederike Suckert

DECOLONIZE BERLIN!

Die Dekolonisierung des öffentlichen Raums

Am **21.10.2019**
Von **18.00 bis 21.00 UHR**
Im **TAK -** Theater Aufbau Kreuzberg, Prinzenstr. 85 F, 10969 Berlin

Mit **SEBASTIAN WALTER**,
Stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Antidiskriminierungs und Queerpolitik, Sprecher für Haushalt
und **DANIEL WESENER**,
Parlamentarischer Geschäftsführer und Sprecher für Kultur und Haushalt

Gäste:
NATALIE BAYER, FHXB Museum
Dr. NOA HA, Technische Universität Dresden
CHRISTIAN KOPP, Berlin Postkolonial

Der Kolonialismus hat auch im Stadtbild seine Sputen hinterlassen - gerade in Berlin als Hauptstadt des ehemaligen deutschen Kolonialreichs. Hundert Jahre nach dessen formalen Ende werden noch immer Kolonialisten als Paten von Straßennamen geehrt. Gleichzeitig fehlt es bis heute an einer zentralen Gedenkstätte als Lern- und Erinnerungsort für die deutschen Kolonialverbrechen. Welche Schritte müssen Bezirke, Land Berlin und Bund unternehmen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden - und welche Fragen und Probleme stellen sich in diesem Zusammenhang? Wie kann eine Dekolonisierung des öffentlichen Raums im Sinne eines gesamtstädtischen postkolonialen Erinnerungskonzepts aussehen?

Stadtgrün für mehr Klimaschutz

Seit Beginn der Wetteraufzeichnung wurde kein heißeres und trockeneres Jahr als 2018 verzeichnet – ein trauriger Rekord. Auch 2019 ist deutlich zu trocken und stellt die ausgetrocknete Stadtnatur vor eine weitere Herausforderung. Der Klimawandel wird immer mehr zur Realität.

Diese Realität bedeutet häufiger auftretende Unwetter, Starkregenereignisse und lang anhaltende Trockenperioden. Das immer extremer werdende Wetter ist allerdings nur ein Vorgeschmack auf das, was uns blüht, wenn wir den CO_2-Ausstoss nicht in den Griff bekommen und sich der Planet noch weiter erhitzt. So unerfreulich es auch ist: Wir müssen uns für den Klimawandel wappnen und die Stadt vorbereiten.

Mit dem BEK (Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm) leisten wir Berlins Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel. Neben diesen Anstrengungen müssen wir aber auch deutlich mehr dafür tun, dass unsere Stadt an den Klimawandel angepasst wird. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die wichtigen grünen Oasen – die Parks, Freiflächen, Wälder, Naturschutzgebiete und Freiräume – erhalten und schützen. Ein gesundes, vielfältiges Stadtgrün ist der Schlüssel für eine lebenswerte Stadt. Grün gehört – genau wie die Verkehrsinfrastruktur, Schulen oder Krankenhäuser – zur öffentlichen Grundversorgung einer modernen Metropole.

Stadtgrün unter Druck

Noch kann kaum eine andere Großstadt weltweit so viel Grün aufweisen wie Berlin. Über 430.000 Straßenbäume, 2.500 öffentliche Grünanlagen mit insgesamt rund 6.500 Hektar und etliche Wälder, welche ein Fünftel an Berlins Gesamtfläche ausmachen, prägen das Bild der Stadt.

Durch das starke Wachstum und den hohen Druck, neuen Wohnraum zu schaffen, steht das Stadtgrün jedoch unter enormen Druck. Die wachsende Stadt wittert hinter jeder unbebauten Fläche Nachverdichtungspotenzial; hier ist eine Stadtentwicklung gefragt, die flächensparend baut, entsiegelt statt versiegelt und gleichzeitig ökologische Freiräume sichert.

In einem Dreiklang aus Flächensicherung, Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Bereits im Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 haben wir die Finanzmittel in diesen Bereichen massiv erhöht – als Beispiel seien hier Mittel für Straßenbäume, die Sanierung der Grünanlagen und für den Umbau der Berliner Wälder genannt. Zudem haben wir einen Fonds aufgelegt, aus dem Grünflächen angekauft und gesichert werden.

Wir geben uns mit dem bisher Erreichten aber nicht zufrieden und werden noch in diesem Jahr die Charta Stadtgrün verabschieden, die in einem partizipativen Prozess mit der Zivilgesellschaft entwickelt wurde. Die Charta basiert auf drei strategischen Säulen: Erstens das Stadtgrün insgesamt zu erhalten und auszuweiten, zweitens den veränderten Nutzungsanforderungen und damit auch insbesondere den Klimaveränderungen Rechnung zu tragen, und drittens die Vielfalt, Qualität und Pflege des städtischen Grüns abzusichern.

Zusätzlich zur Charta arbeiten wir derzeit daran, dass wir im Haushalt 2020/21 mit grüner Tinte im Bereich des Naturschutzes unsere Vorhaben durchsetzen. Zentral ist hierbei für mich vor allem die Bezirke mit mehr Mitteln auszustatten, damit sie z.B. unsere Stadtbäume besser pflegen können. Hier wurde in der Zeit des „Sparen, bis es quietscht" massiv eingespart – heute hat jeder Bezirk pro Jahr und Straßenbaum nur gut 40 Euro zur Verfügung, 2001 waren es noch 61 Euro. Damit die Bäume auch die vorhersehbaren Hitzeperioden in den kommenden Jahren überleben, müssen wir mehr investieren. Ich trete dafür ein, dass wir für jeden Straßenbaum 80 Euro veranschlagen.

Mehr grün statt grau

Zusätzlich brauchen wir weitere politische Instrumente, damit nicht das Grau, sondern das Grün in unserer Stadt wächst. Ich setze mich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass jede Bautätigkeit mittels eines Finanzinstrumentes, dem „Naturcent", dafür sorgt, dass mehr Geld in die Kasse für den Naturschutz kommt. Der „Naturcent" soll sich an den steigenden Grundsteuereinnahmen bemessen – diese bedeutet: Wenn gebaut wird, fließt Geld für den Naturschutz.

Des Weiteren müssen wir auch den Ankauffonds ausweiten und mehr Flächen ankaufen, die für Flora und Fauna reserviert werden. Wir Grüne haben in dieser Legislaturperiode noch viel vor und arbeiten weiter daran, dass Berlin grün bleibt bzw. noch grüner wird.

Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Klimanotstand braucht Antworten

Fridays for Future, Klimanotstand, Rekordtemperaturen von über 40 Grad und zuletzt der brennende Amazonas – Klimaschutz war seit dem Klimagipfel von Kopenhagen vor zehn Jahren nicht mehr so im Fokus wie derzeit. Dies bestätigt unsere Grüne Position, dass wir Klimaschutz richtig und sofort angehen müssen.

Wir nutzen den Rückenwind der Bewegung, um unserer politischen Verantwortung gerecht zu werden. Das heißt, wir müssen für Taten sorgen, an denen wir uns messen lassen.

R2G hat mit dem Berliner Energie und Klimaschutzprogramm ein Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht, welches sich sehen lassen kann. Besonders hervorzuheben sind das Förderprogramm zum Abwracken alter Ölheizungen und der Masterplan Solarcity. Mit konkreten Projekten gehen wir gezielt Klimaschutz in allen Lebensbereichen an. Unser starker Partner die Berliner Stadtwerke bringen endlich Solarstrom auf Berlins Dächer. Derzeit entsteht in der Hauptstadt erfreulicherweise die größte Mieter*innen-Stromanlage Deutschlands! Endlich können Mieter*innen von günstigen Erneuerbaren profitieren. Jüngste wissenschaftliche Studien zeigen, dass wir nach Möglichkeit bis 2035 klimaneutral sein sollten. Als Abgeordnetenhausfraktion haben wir deshalb im Sommer das „Klimaschutz Plus" Programm beschlossen.

Ran an die Gebäude

Etwa die Hälfte der CO_2-Emissionen Berlins entstehen in den Gebäuden. Erfolgreicher Klimaschutz wird sich demzufolge dort an der Energieeinsparung messen lassen. Mit einem Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz werden wir für die Stärkung der Erneuerbaren auch im Wärmebereich sorgen. Beim Heizungsaustausch soll der Wärmebedarf eines Gebäudes zu einem Mindestanteil durch Erneuerbare gedeckt werden. Aber auch hier gilt es die Interessen von Klimaschutz und der Schutz der Mieter*innen zusammen zu denken anstatt gegeneinander auszuspielen.

Ran an die Dächer

Solar wird Pflicht. Ein Viertel des Stroms sollen Solaranlagen auf Berlins Dächern produzieren. Doch trotz des Engagements der Stadtwerke hinkt der Ausbau. Insbesondere beim Neubau wird Solar viel zu häufig nicht mitgedacht. Selbst beim landeseigenen Schulneubau wurde zunächst darauf verzichtet. Doch auch Dank des grünen Drucks konnten wir hier umsteuern. Jedoch hat uns das Koalitionsprojekt deutlich vor Augen geführt, wir können nicht darauf vertrauen, dass der günstige Solarstrom sich durchsetzt. Deswegen werden wir eine Solarpflicht für alle Neubauten einführen, die eine Nutzung von Sonnenstrom und -wärme vorschreibt.

Ran an das Klima-Controlling

Klimaschutz wird nur dann handfest, wenn wir uns die Auswirkungen unseres Handelns auf das Klima bewusst machen. So fordern wir für alle Vorhaben der öffentlichen Verwaltung mehr Transparenz in den zu erwartenden CO_2-Emissionen, damit diese ausgeglichen werden können. Nach Osloer Vorbild wollen wir ein Klimabudget einführen. Das haben wir nach der diesjährigen Ausschussreise besprochen.

Neben den Maßnahmen im Energiebereich haben wir auch Vorschläge für Verkehr, Verwaltung und öffentliche Unternehmen Vorschläge unterbreitet.

Mehr unter: ***gruene-fraktion.berlin***

Stefan Taschner,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Zu Besuch in der Feuerwache Friedrichshain

Am 9. August 2019 hatte ich die Gelegenheit, die Feuerwache Friedrichshain in der Rüdersdorfer Straße zu besuchen. Wachleiter Drudowsky und seine Kolleg*innen haben mich durch ihr Haus geführt und mir ausführlich über ihre Arbeit berichtet.

Die Feuerwache Friedrichshain hat die meisten Alarme Berlins, wohl auch Europas. 2018 wurden 25.277 Einsätze gezählt. Den Schwerpunkt bilden dabei deutlich die Rettungswagen-Einsätze. Die Erklärung der Feuerwehr dafür ist, dass Friedrichshain-Kreuzberg als Tourist*innen-Magnet besonders in den späten Stunden feierfreudiges Publikum anzieht, und damit auch mehr potenzielle Verletzte zu vermelden hat.

Bemerkenswert ist, dass die Feuerwache Friedrichshain im Jahr 2018 den niedrigsten Krankenstand aller Berliner Feuerwachen hatte, und das trotz einer vergleichsweise starken Unterbesetzung. Der Bedarf an Kräften behindert aktuell auch vielfach eine familienfreundlichere Gestaltung des Berufes. Es gilt also, hier stärker nachzusteuern.

Die Nachwuchssituation könnte zwar schlechter, aber auch besser sein. Es gibt viele geeignete Bewerber*innen, momentan ist jedoch nicht absehbar, ob damit die große Pensionierungswelle der kommenden 10 bis 15 Jahre ausreichend aufgefangen werden kann.

Eine Tätigkeit bei der Feuerwehr ist nach wie vor eine Männerdomäne: Nur knapp 10 % der Kolleg*innen sind Frauen*. Die FW Friedrichshain hat vor allem bauliche Probleme. Es fehlen sowohl Büros als auch Aufenthalts- und Lagerräume. Das Gebäude in der Rüdersdorfer Straße wurde 1953 errichtet, steht unter Denkmalschutz und ist teils seit dem Bau nicht mehr saniert worden, anderenteils zuletzt Anfang der 1990er Jahre.

Einige Baumaßnahmen wurden mittlerweile endlich angestoßen oder sind im Gange. Die räumliche Situation ist allerdings weiterhin angespannt. Beispielsweise gibt es nur einen großen Umkleide- bzw. Spindraum. Die Spinde befinden sich im ehemaligen Auditorium des Gebäudes. Dieses steht unter Denkmalschutz und die Inneneinrichtung darf nicht verändert werden. So wirkte die Station auf unserem Rundgang wie ein Halt in einem Provisorium, das jedoch eine Dauerlösung ist.

Die Geräteausstattung ist insgesamt gut; neue Fahrzeuge sind in der Anschaffung begriffen. Mein persönlicher Höhepunkt der Führung: eine Aussichtsfahrt mit der Drehleiter. Zwei Kollegen fuhren mich im Fahrkorb der Drehleiter in eine luftige Höhe von 27 Metern über dem Boden. So offenbarte sich mir eine völlig neue, weite Aussicht über meinen Wahlkreis in all seiner Schönheit.

In der Feuerwache Friedrichshain habe ich viele engagierte und motivierte Menschen kennengelernt, die ihre Arbeit lieben und, im wahrsten Sinne des Wortes, für sie brennen – trotz einiger Widrigkeiten. Dafür gebührt den Kolleg*innen mein Dank und großer Respekt für ihren Einsatz.

Nun ist es an der Zeit, etwas zurückzugeben: Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin wird sich in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 engagiert für eine bessere personelle und räumliche Ausstattung der Berliner Feuerwehr einsetzen.

Die rot-rot-grüne Koalition hat seit 2017 bereits einiges angestoßen: Feuerwehrkräfte werden wieder befördert, die Feuerwehrzulage wurde erhöht und die Dienstzeit um vier Stunden reduziert. Gleichzeitig werden mit dem Doppelhaushalt für 2020/2021 insgesamt 404 neue Stellen bei der Berliner Feuerwehr geschaffen und weitere Gebäudesanierungen vorangebracht. Schließlich wurden seit 2018 bereits 84 neue Fahrzeuge angeschafft und weitere 114 werden in den kommenden zwei Jahren folgen.

Das alles soll Ausdruck unserer Anerkennung für die unverzichtbare Arbeit und den unermüdlichen Einsatz der Kolleg*innen sein. Berechtigte Aktionen wie „Berlin brennt!" sollen und dürfen in Berlin nicht mehr nötig sein.

Marianne Burkert-Eulitz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Testphase in der Bergmannstraße findet ihr Ende

Auf einer Bürgerversammlung im Mai zum Thema Begegnungszone Bergmannstraße sprachen sich viele der ca. 300 Teilnehmer*innen für eine weitere Einschränkung des Autoverkehrs in der Bergmannstraße aus. Auch die sogenannten Parklets – begrünte Plattformen mit Tischen und Bänken am Straßenrand – wurden zwischenzeitig vielfältig genutzt. Dennoch sollen diese auf Beschluss der Bezirksverordneten von der CDU bis zu den Linken vorzeitig abgebaut werden. Die Grüne BVV-Fraktion hatte sich gegen einen frühzeitigen Abbruch der Testphase ausgesprochen. Hierzu sprachen wir mit dem Verkehrsstadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg, Florian Schmidt.

Stachel: *Florian, bedeutet der Abbau der Parklets das Ende dieses interessanten Experiments?*

Florian Schmidt: Nein. Wenn wir die Begegnungszone als verkehrstechnisches Experiment betrachten, dann haben die Parklets lange genug gestanden um eine aussagekräftige Evaluation vorzunehmen. Eine andere Frage ist, ob die Begegnungszone als verkehrspolitisches Projekt Schaden durch den Abbau nimmt. Einige der Parteien, die für den Rückbau der Parklets waren, wollen genau das. Was sie allerdings bewirkt haben, ist etwas anderes. Die Begegnungszone und die Debatten zu dem Projekt haben gezeigt, wie wichtig die Verkehrswende und ihre Umsetzung ist.

*Kritiker*innen der Begegnungszone führten neben ästhetischen Gründen vor allem eine nächtliche Lärmbelästigung durch die Nutzer*innen der Parklets an. Ist dieses Argument deines Wissens nach zutreffend oder gibt es andere Gründe für die ablehnende Haltung?*

Bei den ersten zwei Test-Parklets, die wir bereits im Sommer 2018 aufgestellt haben, kam es anfänglich vereinzelt tatsächlich zu nächtlichen Gelagen. Es war ungünstig, dass wir sie nachts nicht betreut haben. Das haben wir aber schnell geändert. Allerdings ist auch die Bauweise wichtig. Während die zwei Parklets durch lange Bänke und eine Rückwand, die einen geschützten Bereich markierten, geradezu einluden, sich dort aufzuhalten, sind die in 2019 aufgestellten Parklets luftiger, fast wie Tische mit Stühlen. Man wird von allen Seiten beobachtet. Auch die Lärmproblematik spielt kaum eine Rolle mehr.

*Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde inzwischen eine Befragung von 4000 repräsentativ ausgewählten Anwohnern*innen durchgeführt. Kannst du schon etwas zu dem Ergebnis der Befragung sagen?*

Das Ergebnis ist recht eindeutig. Die Mehrheit wünscht sich weniger Verkehr und Autos in der Bergmannstraße.

*Zudem gab es eine Bürgerwerkstatt mit 100 ausgelosten Teilnehmer*innen zu konkreten Planungsalternativen. Lässt sich bereits sagen, welche Elemente der Begegnungszone von den Anwohner*innen besonders geschätzt werden und welche sich nicht so bewährt haben?*

Am meisten Zustimmung fanden die Fahrradbügel auf dem Seitenstreifen, auch die Poller und die Übergänge. Auch Lieferparkplätze wurden begrüßt. Bei den Parklets wird die Ästhetik moniert. Die grünen Punkte finden kaum Freunde, aber die Argumente dagegen sind meist politischer Art: es werden die Kosten kritisiert.

*Auf einer Bürgerversammlung im Mai wurde von vielen Teilnehmer*innen gefordert, den Durchgangsverkehr in der Bergmannstraße zu unterbinden. In anderen Kiezen – z.B. in der Wrangelstraße in Kreuzberg und im Samariterkiez in Friedrichshain – wurden vor kurzem Durchfahrtssperren auf Kreuzungen (sog. Diagonalsperren) errichtet. Wäre dies auch eine Möglichkeit in der Bergmannstraße?*

Natürlich ist das möglich. Das ist in allen Kiezen möglich. In den Perspektivwerkstätten wurden verschiedene Szenarien entwickelt. Alle nutzen das Prinzip der Unterbrechung des Verkehrsflusses und bei einigen Varianten wird der Verkehr ganz heraus genommen. Nur Lieferverkehr und Notfalleinsätze kommen durch.

Wie wird es aus deiner Sicht nach dem Abbau der Parklets weitergehen in der Bergmannstraße?

Es wird schon jetzt im Kiez die Frage diskutiert, was an die Stelle der Parklets treten sollte. Im Bezirksamt analysieren wir gerade die verschiedenen Bedarfe. Danach soll ein Vorschlag vorgestellt werden, wie die Leerstellen genutzt werden könnten. Wir analysieren auch wie man ehemaligen Parkraum „von unten" konzipieren könnte, also wie die Menschen selbst diesen Raum gestalten und nutzen können. In Wien gibt es z.B. das Prinzip der Grätzl-Oase, übersetzt Kiez-Oase. Menschen können ehemaligen Parkraum für nichtkommerzielle Zwecke nutzen und werden dabei mit Ressourcen von der Stadt unterstützt. Wir brauchen für den Bezirk ein eigenes Konzept, denn der Raumbedarf für vielfältige Nutzungen ist enorm. Man muss das aber regeln.

Kommen wir am Schluss zu weiteren Verkehrsprojekten in unserem Bezirk. Eine ganze Reihe von z.T. kleineren Maßnahmen des Radwegeplans – Umbau von gefährlichen Kreuzungen, Neubau, Markierung und Sicherung von Radwegen – sind bereits erfolgt. Bei anderen, besonders dringlichen Projekten – z.B. in der Oranienstraße – geht es scheinbar kaum voran. Wie bewertest du die bisherigen Ergebnisse und welche Probleme behindern einen schnelleren Umbau?

Mir selber geht das zwar alles auch zu langsam. Aber nach 70 Jahren autogerechter Stadtplanung kann man die Stadt auch nicht im Handstreich umgestalten. Friedrichshain-Kreuzberg ist der Modell-Bezirk in Sachen Verkehrswende. Im Vergleich zu den anderen Bezirken haben wir am schnellsten das Personal aufgestockt und die meisten baulichen Maßnahmen umgesetzt.

Letzte Frage: Welche Verkehrsprojekte sollten aus deiner Sicht vorrangig – das heißt noch in dieser Wahlperiode – fertiggestellt werden?

Die Liste der Projekte ist sehr lang. Priorität haben:

- Sanierung und Verbreiterung des Radwegs in der Oranienstraße zwischen Moritzplatz und Lindenstraße (Nordseite)
- Schaffung von Fahrradabstellanlagen, also Fahrradbügel auf dem Seitenstreifen
- Schaffung von Radfahrstreifen in der Gitschiner Straße von Lindenstraße bis Kottbusser Tor
- Sanierung und Verbreiterung des Radwegs zwischen Schwiebusser Straße und Bergmannstraße auf der Ostseite des Mehringdamms
- Verbreiterung der Radwege auf 2,50 m auf der Karl-Marx-Allee zwischen Strausberger Platz und Frankfurter Tor
- Einrichtung eines geschützten Radfahrstreifens auf der Frankfurter Allee, Südseite zwischen Niederbarnimstraße und Jessnerstraße
- Grunderneuerung der Infrastrukturanlagen in der Jugendverkehrsschule Wiener Straße
- Sanierung des Radwegs Petersburger Straße
- Radverkehrsanlage in der Stralauer Allee von Ehrenbergstraße bis Elsenbrücke
- Einrichtung eines geschützten Radfahrstreifens in der Mühlenstraße
- Einrichtung eines geschützten Radfahrstreifens auf dem Kottbusser Damm
- Einrichtung weiterer temporärer Spielstraßen
- Umsetzung der Machbarkeitsstudie Autofreier Wrangelkiez
- Ausarbeitung von Maßnahmen im Rahmen des Verkehrskonzepts Lusienstadt
- Planung und Finanzierung von Maßnahmen der Machbarkeitsstudie Friedrichshain West
- Weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Kiezen

Das Gespräch führte Gerd Thorns, Verkehrs AG

Temporäre Spielstraße in Kreuzberg

Am 7. August 2019 war es endlich soweit: die Eröffnung der temporären Spielstraße in der Böckhstraße, einer Kreuzberger Straße in meinem Wahlkreis. In weniger als einem Jahr gelang den Initiator*innen rund um Cornelia Dittrich in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dieser kleine, aber bedeutende Schritt in Richtung Verkehrswende - Nachahmer*innen dringend gesucht.

Bei ihrem ersten Anlauf, einen Raum für freies Spiel und Begegnen zu initiieren, in der Gudvanger Straße in Pankow, scheiterte die Initiative an denen, die eigentlich von der Veränderung profitieren sollten – an den Anwohner*innen. Über eine Klage beim Verwaltungsgericht wurde die Veranstaltung „Temporär spielende Kinder" wieder eingestellt. Doch das Interesse und der Bedarf nach zusätzlichem öffentlichen Platz für Spiel und Freizeitgestaltung wuchs, und ein Bündnis aus verschiedenen Akteur*innen, u.a. den Berliner Kinder- und Schülerläden, dem Bund und dem Deutschen Kinderhilfswerk, formierte sich.

Bündnis „Temporäre Spielstraße"

Dieses Bündnis will lokale Nachbarschaften bei der Etablierung temporärer Spielstraßen unterstützen. Gemeinsam mit dem Bezirksamt und insbesondere dem unter grüner Leitung agierenden Straßen- und Grünflächenamt kann das Bündnis nun einen ersten Erfolg verzeichnen: die erste temporäre Spielstraße in der Böckhstraße. Jeden Mittwoch von 14-18 Uhr in der Saison April-Oktober müssen Autofahrer*innen im Abschnitt Grimm- bis Graefestraße draußen bleiben. Auch parkende Fahrzeuge sind nicht zugelassen. So kann die Straße in ihrem vollen Umfang zum Spielen genutzt werden. 1.000 Unterschriften von Unterstützer*innen des Projekts mussten dem Bezirk dafür vorgelegt, und Vereinbarungen über einen Schrankenwärter*innen-Dienst

Eröffnung am 7.8.2019 mit Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann und Verkehrssenatorin Regine Günther *Foto: David Hartmann*

abgeschlossen werden. Denn sowohl Menschen mit Gehbehinderungen als natürlich auch Rettungsfahrzeuge müssen in der Spielzeit die Straße befahren können.

Am Tag der Eröffnung wurde die Spielstraße mit großer Begeisterung angenommen. Bobby-Cars, Roller und Bälle waren in Bewegung, wo sonst nur Autos rollen. Kinder konnten hüpfen und rennen, ohne auf motorisierte Gefahrenquellen Acht geben zu müssen. Die Stimmung war ausgelassen und fröhlich. Ein Pilotprojekt in Berlin, das hoffentlich bald Nachahmer*innen findet. Denn das Recht der Kinder auf Platz zum Spielen ist ein elementares. Für eine gesunde Entwicklung brauchen Kinder Raum zur Entfaltung. In einer wachsenden Stadt, in der sich immer mehr Kinder immer weniger Raum teilen müssen, ist es unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, diesen zu schaffen. Und zunehmend ein Bewusstsein dafür zu generieren, dass öffentlicher Raum nicht zwangsläufig für motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen zur Verfügung steht. Sondern dass dieser Raum dem Wohle aller dienen sollte. Auch dem der ganz Kleinen.

Nachahmer*innen gesucht

Die erste temporäre Spielstraße ist ein kleiner Schritt in Richtung alternativer Straßennutzung, doch ein großer für ein gemeinsames Kiezleben und in Richtung Verkehrswende. Ich hoffe auf einen breiten Bekanntheitsgrad und wachsendes Interesse an diesem Pilotprojekt. Und auf Spielstraßen bald in jedem Bezirk und nahezu allen Kiezen. An Spielstraßen interessierte Bürger*innen können sich auf der Webseite ***www.spielstrassen.de*** informieren oder sich unter der Mailadresse ***info@spielstrassen.de*** vernetzen.

Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

We all should panic

Berlin braucht einen vitalen „grünen Umhang". Seit April gibt es die AG „Ökologie" als Reaktion auf die Klimakrise. Ute Kätzel hat sie ins Leben gerufen.

Der letzte Hitzesommer hat mich in Panik versetzt. Alle Pflanzen und Bäume riefen: „Hilfe, ich verdurste!" Ich goss so viel ich konnte, doch das war wie ein Tropfen auf einen immer heißer werdenden Stein. Annedore Langner von „Finde Vogel e.V." erklärte mir, dass viele Vogeleltern ihre Jungen verhungern ließen. Ich brachte ihr verlassene Vogelküken, bis sie sagte: „Füttere lieber die Vogeleltern." Vögel füttern im Sommer, weil es keine Insekten mehr gibt. Ein Zukunftsszenario? Irgendwann dann ein Sommer ganz ohne Vögel?

Mich erschreckt, dass viele weiterhin Flugreisen machen, 14-Liter-fressende SUVs kaufen, täglich Fleisch essen, kostbares Trinkwasser verschwenden. Ich habe keine Lust, „Kassandra" zu sein. Ich habe in meinem Leben genug demonstriert und politisch gearbeitet. Doch ich höre Greta Thunberg sagen: „Get out of the comfort-zone." Seid unbequem, auch um den Preis, euch unbeliebt zu machen.

Also wurde ich Mitfrau beim NABU, den Grünen, und habe die „AG Ökologie" gegründet, mit dem Untertitel „Klimakrise stoppen". Ich bin nicht einmal sicher, ob die Zeit noch reicht. Doch wenn die Kinder und Jugendlichen für „Fridays for Future" Schule schwänzen, können, ja müssen wir Erwachsenen doch erst recht aktiv werden.

Die Liste ist lang: Grüne Oasen besser schützen, in Parks, Friedhöfen, Innenhöfen. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der städtischen Grünpflege, weg von Laubbläsern und jährlichem Gemetzel an Büschen, damit nur ja keine Ratte mehr Unterschlupf findet, aber eben auch keine Käfer, Würmer oder Hummeln und kein Vogel mehr sein Nest bauen kann.

Die meisten wiegen sich in Sicherheit. Vor allem in vielen Hausverwaltungen und Behörden. Dort geht es nur noch um „Effektivität". Berlin sei doch eine „grüne Stadt", höre ich. Doch wie viele Hitzesommer werden die Straßenbäume noch verkraften? Und wie viel Fläche wird jeden Tag zugebaut und zubetoniert!

Wir müssen viel radikaler dagegensteuern. Berlin braucht einen vitalen grünen Umhang. Dächer und Fassaden müssen begrünt werden, kostbares Regenwasser darf nicht mehr in die Kanalisation fließen, sondern muss den Böden, den Pflanzen zugutekommen, es muss entsiegelt werden usw.

Bei der Landesdelegiertenkonferenz wurde beschlossen, durch eine Bundesratsinitiative den Weg frei zu machen für „Solar auf jedem Dach". Wir brauchen dringend die Energiewende, doch auch die Wende bei Begrünung und Entsiegelung. Warum haben wir Grüne nicht schon längst verankert, dass Dächer und Fassaden begrünt werden müssen?

Unsere AG Ökologie sucht Mitstreiter*innen, die Forderungen stellen, Beschlussvorlagen erarbeiten, selbst Innenhöfe begrünen, Bienenvölker pflegen, Samenbomben werfen. Ich zitiere Greta: „We all should panic!"

Ute Kätzel, Historikerin und Soziologin, Aktivistin, 2006-2011 als Parteilose für die Grünen in der BVV, seit 2018 Mitfrau bei NABU und Grünen, AG Ökologie, montags, ca. alle 4 Wochen im Igelbau. Infos auf der Webseite

Baustelle Schule? Stürmische Zeiten in der Bildungspolitik

Berlin wächst jährlich um bis zu 40.000 Menschen an – damit steigt auch die Zahl der Schüler*innen dieser Stadt. In enger Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Bezirken werden die Fragen der Schule von morgen angegangen. Dabei ist Schule nicht nur ein Gebäude, das Platz benötigt, sondern immer auch ein Spiegel des Sozialraums – mit eigener Dynamik und sozialen Beziehungen.

Zum Schuljahresanfang gingen viele Zahlen durch die Presse: 2.700 neue Lehrkräfte, 380 neue Erzieher*innen, 33.800 Erstklässler*innen. Insgesamt werden ca. 363.000 Schüler*innen im Schuljahr 2019/20 an den allgemeinbildenden Schulen in Berlin lernen. Das ist ein Anstieg um 6.000 Schüler*innen im Vergleich zum letzten Jahr. Das Berliner Schulnetz ist riesig, die Abhängigkeiten zwischen den Akteur*innen groß. Vor diesem Hintergrund dauern selbst kleine Veränderungen lange, bis sie in einer Klasse konkret umgesetzt werden können. Komplexe Veränderungsprozesse, wie z.B. die Berliner Schulbauoffensive, die Gewinnung von hunderten Lehrkräften, die sozialräumliche Öffnung der Schulen, das Auffangen von zum Teil sehr schwierigen sozialen Beziehungen in den Brennpunktlagen, die Etablierung von multiprofessionellen Teams an den Schulen, neue oder ergänzende Unterrichtskonzepte – all dies erfordert viele Fachkräfte, Koordination, Offenheit und vor allem viel Geduld von Eltern, Kindern und dem Schulpersonal.

R2G wirkt

Der Bildungsmonitor 2019 zeigt zwar, dass Berlin im Ländervergleich weit hinten liegt, gleichzeitig bescheinigt er Berlin aber die „viertstärkste Verbesserung“ aller Bundesländer, insbesondere in den Bereichen der überdurchschnittlich großen Anzahl an Unterrichtsstunden, die tatsächlich erteilt werden, sowie der umfassenden Ganztagsbetreuung.

Ein Qualitätspaket mit 39 Maßnahmen soll für bessere Lernergebnisse sorgen, z.B. durch eine Stunde mehr Deutsch in der 1. und 2. Klasse. Aber der Konflikt ist deutlich: Diese Veränderung bedeutet Mehraufwand für die Lehrkräfte. Als R2G arbeiten wir an der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsschulen, am Ausbau der Oberstufenzentren und an der Stärkung der regionalen Schulaufsicht.

Gleichzeitig entlasten wir Familien: mit dem kostenlosen BVG-Ticket für alle Schüler*innen, dem freien Mittagessen und der Geschwisterregelung für Grundschüler*innen.

Neue Schulen

Als Innenstadtbezirk steht insbesondere Friedrichshain-Kreuzberg vor der Herausforderung, die wachsenden Schüler*innenzahlen, damit einhergehende Forderungen nach mehr Schulen und gleichzeitig ausgeschöpfte Flächenbestände miteinander zu vereinbaren. Das fordert eine besonders enge Kooperation zwischen dem Land und dem Bezirk. Im Mai 2019 veranstaltete ich gemeinsam mit dem Schulstadtrat Andy Hehmke (SPD) ein öffentliches Kiezgespräch über die aktuelle Situation unserer Schulen. Besorgte Eltern, pädagogisches Personal und Vertreter*innen aus verschiedenen Verbänden stellten Fragen und erörterten Lösungsstrategien der bezirklichen Schullandschaft.

Der Bezirk muss alle verfügbaren Flächen als Schulstandorte prüfen und Maßnahmen einleiten, bereits bestehende Schulen zu erweitern sowie neue Schulen zu errichten. Auf Landesebene schaffe ich dafür unterstützende gesetzliche Rahmenbedingungen und stelle mit meinen Kolleg*innen Mittel zur Verfügung, u.a. für die Berliner Schulbauoffensive. Neue Regelungen und schnellere Verfahren sollen dem Bezirk helfen, neue Schulstandorte zeitnah erschließen zu können, wie zum Beispiel die Grundschulen in der Oder- oder in der Pufendorfstraße.

Für Planung, Neubau, Ausbau und Instandsetzung benötigen wir viele Fachkräfte aus dem Handwerk, aber auch aus den Ämtern. Ein Konflikt, der in unserem Kiezgespräch deutliche wurde: Einerseits baten Lehrer*innen dringend um die Installation von Schallschutzmöglichkeiten in bestehenden Schulen, andererseits forderten Eltern eindrücklich die Schaffung neuer Räume, um Klassengrößen möglichst gering zu halten. Die Anzahl der im Bezirk tätigen Baufirmen ist aber begrenzt und damit eine klare Priorisierung der Arbeitsvorgänge notwendig.

Wir brauchen Geduld

Deswegen müssen wir nun Alternativen denken: Schulen auf flachen Gebäuden, Sportplätze auf Supermärkten, Schulen in Holzbauweise, Fliegende Klassenzimmer – Ausweichorte finden und den Bezirken die Mittel zur Verfügung stellen, das ist nun die große Aufgabe der Politik auf Landesebene.

Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Warum wir in den Städten keine SUVs brauchen

Der tragische Unfall, der am Freitag vier Menschen das Leben kostete und bei dem mehrere Personen schwer verletzt wurden, hat Symbolcharakter und löst zurecht eine Debatte über die Sparte der „Sport Utility Vehicle“ oder SUV aus.

Zunehmend befahren und beparken die gewichtigen, raumgreifenden und spritfressenden SUVs die öffentlichen Räume der Städte. Über eine halbe Million der „Hochbeiner“ wurden im ersten Halbjahr 2019 in Deutschland neu zugelassen. Das läuft den Klimaschutzzielen zuwider, zu denen man sich auch in der Autoindustrie bekennt. Statt dies als Problem zu erkennen, legt die Industrie mit einer immer größeren Produktpalette von fahrenden Wandschränken nach.

Aber warum kaufen sich Leute Autos, die in einem industrialisierten Land wie Deutschland höchstens ein Förster zum sinnvollen Einsatz bringen kann? Zunächst möchte ich Verständnis dafür äußern, dass Menschen zuallererst der Überlegung folgen, was die größtmögliche Sicherheit für die eigene Familie bietet. Dieser Gedanke ist nicht abwegig. Man sollte sich aber vor Augen führen, dass dies nur für die Insassen des eigenen Autos gilt. Deren Sicherheit wird auf Kosten der Sicherheit der Menschen außerhalb des Autos erhöht.

Gefahr für die Schwächsten

SUVs stellen erwiesenermaßen eine besondere Gefahr für Fußgänger*innen und insbesondere kleine Kinder dar. Die hohen Frontpartien sind wie eine fahrende Wand, an der auch bei niedrigen Geschwindigkeiten alles zerschellt. Wegen des hohen Gewichts werden solche Gefährte von Pollern, Masten oder anderen Hindernissen schlechter gestoppt als „normale“ Stadtwagen. Der Gehweg ist deshalb zunehmend nicht mehr der sichere Raum, als den ihn Fußgänger*innen bisher an vielen Stellen wahrnehmen konnten. Dies wurde uns von dem schrecklichen Unfall noch einmal dramatisch vor Augen geführt.

Aber auch sonst sind SUVs eine Absurdität. Kein Autofan kann erklären, wieso solche Fahrzeuge in der Innenstadt fahren sollten. Aufgrund der Dimension, auch in Breite und Länge, reduzieren sie die knapper werdenden Parkplatzflächen. Wegen der besonderen Höhe, die den Fahrenden Überblick und eine erhöhte Sitzposition garantiert, sind SUVs eine Sichtbehinderung für alle anderen. Das große Gewicht sorgt für mehr Reifenabrieb und Feinstaub. Zugleich werden die Straßenbeläge deutlich mehr geschädigt, als durch „normalgewichtige“ Autos.

Das Argument des umweltverpestenden Spritschluckers wird für manche Modelle nun zurückgewiesen. Sie benötigten vergleichsweise gar nicht so viel Brennstoff. Als logisch denkender Mensch stellt man sich dabei aber sofort die Frage: Wie viele der von den Motorenbauer*innen erreichten Effizienzgewinne werden eigentlich dem besonderen Luftwiderstand und Gewicht der SUVs gleich wieder geopfert?

Sinnloser Stadtpanzer mit Platzproblem *Foto: Nico K. auf flickr*

Deshalb habe ich die SUVs als Ausdruck einer Kultur des Egoismus kritisiert: Die Fahrer*innen können viele Vorteile für sich in Anspruch nehmen, jedoch auf Kosten anderer. Dass manche Autofahrer*innen sich für dieses rollende und für sie selbst nutzenmaximierende Sicherheitspaket entscheiden, weil sie es eben können(!), ist in ihrer individuellen Entscheidung nachvollziehbar und rational. Auch das Handeln der Autoindustrie, die solche Auto-Konzepte erfindet, ist betriebswirtschaftlich rational. Gesamtgesellschaftlich ist es aber irrational.

Kultur des Egoismus

Genau deshalb wird das Eingreifen des Gesetzgebers erforderlich. Wir sollten die Debatte aufnehmen, die durch das furchtbare Ereignis vom Freitag ausgelöst werden musste, weil sie sowieso – wie ein SUV – unübersehbar im Raume steht. Wir sollten mehr darüber sprechen, wie wir in unseren Innenstädten im öffentlichen Räumen zusammenleben wollen. Dabei geht es nicht nur um sicherheits- und statusorientierte SUVs, sondern vor allem um einen Komplettumbau der Verkehrsinfrastruktur, der die SUV-Sicherheitsgewinne am Ende unnötig macht. Wir sollten klären, ob die steigenden SUV-Zulassungen unter den genannten Gesichtspunkten akzeptabel sind oder ob solche Autos per Gesetz nicht eher nur in solchen Gegenden benutzt werden sollten, in denen sie ein notwendiges Werkzeug darstellen. Eine Maut, die auf das Gewicht der Autos abzielt, ist ein erster Schritt. Ob das reicht, wage ich zu bezweifeln.

Florian Schmidt, Stadtrat für Bauen, Planen und Facility Management

Pflege in deinem Kiez

Beim Thema Pflege denkt man meist zunächst an Krankenhäuser, Pflegepersonal und Fachkräftemangel. Dies sind wichtige Felder, die endlich den öffentlichen Diskurs erreicht haben. Doch Pflege ist mehr als das: sie betrifft Menschen jeden Alters – ob jugendlich oder Senior*in – und in verschiedensten Lebenslagen. Wird ein Mensch aus dem engen Familien- oder Freundeskreis plötzlich pflegebedürftig, ist es ihm selbst und den Angehörigen meist ein großes Anliegen, eine Pflege in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Pflege von Angehörigen kostet unglaublich viel Kraft – und geht mit viel Liebe und Fürsorge einher. All diesen Menschen gilt daher meine absolute Anerkennung, denn sie erbringen oftmals neben beruflichen, familiären und privaten Verpflichtungen eine erstaunliche Leistung, um Menschen, die ihnen nahestehen, im häuslichen Umfeld zu versorgen.

Hilfestrukturen im Kiez verankern

Doch dieses häusliche Umfeld geht über die eigenen vier Wände hinaus: Auch der Kiez spielt eine sehr wichtige Rolle als der Ort, an dem die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben, ihr soziales Umfeld, ihre Netzwerke. Der Kiez muss also ein Ort sein, an dem Hilfestrukturen so verankert sind, dass Pflegebedürftige und ihre Partner*innen, Eltern, Kinder oder Freunde, die nun plötzlich für die Versorgung des bedürftigen Menschen verantwortlich sind, direkte Unterstützung bekommen. Ziel muss es sein, dass sich die Angebotsstrukturen an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen orientieren und Informationen über Hilfsangebote leicht und ohne (Sprach-)Barrieren zugänglich gemacht werden.

Als pflegepolitische Sprecherin ist es mir ein großes Anliegen, all denjenigen Pflegenden eine Stimme zu geben, die sonst nur wenig Gehör finden. Was ist mit all denen, die sich mit der Pflege eines Angehörigen überfordert fühlen? Was ist, wenn ich als Kind meine Eltern pflegen muss? Was ist, wenn mir als pflegende*r Angehörige*r mit Migrationsgeschichte der Zugang zu Informations- und Unterstützungsangeboten aufgrund vielfältiger Barrieren verwehrt bleibt? Über diese Themen müssen wir sprechen, um sie in das allgemeine Bewusstsein zu rücken, und diese Themen müssen wir anpacken. Die interkulturellen Brückenbauer*innen in der Pflege oder die Beratungsstelle „Pflege in Not“ sind zum Beispiel gute und wichtige Angebote hier in Friedrichshain-Kreuzberg, die bereits Antworten auf einige der Fragen bieten. Doch vieles bleibt noch offen, viel ist noch zu tun!

Einladung zur Diskussion

Um gemeinsam zu diskutieren, was gute Pflege direkt im Kiez ausmacht, will ich mit den Menschen ins Gespräch kommen – mit verschieden Akteur*innen aus der Pflege, aber auch mit Ihnen, den Bürger*innen.

Daher lade ich herzlich ein zur Diskussionsrunde im Rahmen der Bezirksgruppe von Bündnis 90/Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg am 24.09.2019 um 19 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Lasst uns gemeinsam darüber sprechen, wie wir pflegebedürftigen Menschen ein würdevolles Leben in ihrer gewohnten Umgebung ermöglichen und ihren Angehörigen die für eine gute Pflege notwendige Unterstützung anbieten können.

Darüber hinaus könnt Ihr mich für Fragen und Anregungen gerne unter ***fatos.topac@gruene-fraktion-berlin.de*** erreichen.

Fatoş Topaç, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Der rot-rot-grüne Mietendeckel kommt

Seit Mai diskutiert die ganze Stadt über die Einführung eines Mietendeckels für Berlin. Mit ihm soll insbesondere den Berliner*innen eine Atempause verschafft werden, die ihre Mieten kaum noch bezahlen können. Mit dem geplanten Gesetz wird juristisches Neuland betreten. Daher muss sorgfältig abgewogen werden, welches Modell gleichzeitig sozial und fair, aber auch umsetzbar und rechtssicher ist, damit das Gesetz die zu erwartende Klagewelle vor Gericht besteht und nicht gleich wieder gekippt wird.

Am 18. Juni 2019 wurde ein erstes Eckpunktepapier für ein Berliner Mietengesetz bzw. einen Mietendeckel durch den Senat beschlossen. Damit ist der 18. Juni der Stichtag, ab dem der Mietendeckel gelten soll, sobald ein Gesetz bis Anfang 2020 verabschiedet sein wird. Ziel ist es, die Mieten in Berlin für fünf Jahre einzufrieren bzw. zu deckeln. Dabei sollen Mietobergrenzen je Baualtersklasse der Wohnhäuser definiert werden. Die Lage soll dabei keine Rolle spielen, um die soziale Spaltung der Quartiere und Bezirke zu überwinden. Überhöhte Mieten sollen auf festgelegte Miettabellen-Werte abgesenkt werden können – so der Beschluss, der von allen drei Koalitionen getragen wurde.

Mietenwahnsinn stoppen *Foto: ck*

Juristisches Neuland

Vor einigen Wochen wurde der Presse ein Vorentwurf eines Referentenentwurfs zugespielt. Er war nicht die Arbeitsgrundlage für den tatsächlichen Senatsentwurf und enthält eine Vielzahl von möglichen Instrumenten für einen Mietendeckel, die noch nicht in der Koalition abgestimmt waren und so auch nicht von der Senatorin vorgeschlagen wurden. Besonders ärgerlich ist dabei, dass rechtlich nicht durchsetzbare Punkte präsentiert wurden und damit den Mieter*innen suggeriert wurde, diese würden bald Realität. Das schürt falsche Hoffnungen und sorgt zu Recht für Verdruss. Beim Mietendeckel geht es nicht alleine um die Frage, was wir wohnungspolitisch für geboten halten, sondern ob dies auch juristisch haltbar und am Ende rechtssicher umzusetzen ist. Seit der Föderalismusreform von 2006 sind die Bundesländer für das Wohnungswesen zuständig. Daraus ergibt sich die Zuständigkeit für das öffentliche Preisrecht und damit für den geplanten Mietendeckel. Aber auf Landesebene haben wir nicht den gleichen Handlungsspielraum wie auf Bundesebene. Daher können wir auch nicht alle wohnungspolitischen Vorstellungen im Gesetz zum Mietendeckel unterbringen, da ansonsten das Gesetz vor Gericht als ungültig erklärt werden würde.

Anwendungsbereich und Ausnahmen

Der Mietendeckel soll nicht für alle Neubauten gelten. Ausgenommen sind derzeit alle Gebäude, die nach dem 1. Januar 2014 fertiggestellt wurden. Begründet wird dies mit der zu diesem Datum wieder eingeführten Wohnungsneubauförderung, die preiswerten Wohnraum im Neubau fördert. Ebenso sind Wohnheime und Wohnungen sozialer Träger und studentische Wohnheime ausgenommen. Dagegen fallen möblierte Wohnungen und Kurzzeitvermietungen von Wohnungen unter den Mietendeckel. Das ist nötig, um den Missbrauch von Wohnraum als Renditeobjekt zu unterbinden und mögliche Umgehungen des Mietendeckels von vornherein zu verhindern. Dem Entwurf der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen zufolge soll der soziale Wohnungsbau auch von den Regelungen des Mietendeckels ausgenommen werden. Das könnte jedoch zu absurden Verhältnissen führen, wenn einkommensschwache Mieter*innen in den Sozialwohnungen schlechter gestellt sind als die Mieter*innen auf dem „freien" Markt. Hier bedarf es dringend einer Reform des sozialen Wohnungsbaus, die dafür sorgt, dass die sogenannten Kostenmieten bereinigt und mit der finanziellen Beteiligung von Eigentümern gesenkt werden. Leider ist es uns als Koalition bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Lösung zu finden. Wir Grüne schlagen schon lange vor, die Kostenmieten in einer Berliner Berechnungsverordnung zu bereinigen und dann zu senken, bisher fehlt dafür aber die Unterstützung in der Koalition.

Mögliche Obergrenzen

Mit dem Mietendeckel wollen wir Spekulation und Verdrängung eindämmen und deshalb ist es zentral, dass wir überhöhte Mieten absenken. Im derzeitigen Referentenentwurf der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wurden die Mietspiegelwerte 2013 zur Berechnung der Obergrenzen herangezogen und die Berliner Einkommensentwicklung bis heute ist dabei eingeflossen. Die Obergrenzen gelten sowohl für Neuvermietungen als auch für die Bestandsmieter*innen. Wer mehr als 30 Prozent seines Nettoeinkommens für die Nettokaltmiete ausgibt, soll das Recht auf eine Mietabsenkung haben. Jedoch ist es auch hier wichtig, dass wir die rechtlichen Risiken gering halten. Das heißt wir müssen noch klären, ob der Bezug auf die Mietbelastung bei Mietabsenkungen rechtlich wirklich schlüssig ist oder ob diese Möglichkeit z.B. auf Haushalte eingeschränkt werden muss, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben. Ein ebenso gangbarer Weg scheint die Definition von Wuchermieten zu sein. Das würde bedeuten, dass ab einer gewissen Überschreitung Mieten abgesenkt werden können.

Entwurf MietenWoG

Nr.	Erstmalige Bezugsfertigkeit der Wohnung, Ausstattung und Lage	Mietpreis pro m²
1.	bis 1918 mit Sammelheizung und Bad	6,03 Euro
2.	bis 1918 mit Sammelheizung oder Bad	4,32 Euro
3.	bis 1918 ohne Sammelheizung und Bad	3,89 Euro
4.	1919 bis 1949 mit Sammelheizung und Bad	6,03 Euro
5.	1919 bis 1949 mit Sammelheizung oder Bad	4,27 Euro
6.	1919 bis 1949 ohne Sammelheizung und Bad	3,42 Euro
7.	1950 bis 1955 mit Sammelheizung und Bad	5,88 Euro
8.	1950 bis 1955 mit Sammelheizung oder Bad	4,86 Euro
9.	1950 bis 1955 ohne Sammelheizung und Bad	3,84 Euro
10.	1956 bis 1964 mit Sammelheizung und Bad	5,85 Euro
11.	1956 bis 1964 mit Sammelheizung oder Bad	5,02 Euro
12.	1956 bis 1964 ohne Sammelheizung und Bad	4,19 Euro
13.	1965 bis 1972	5,74 Euro
14.	1973 bis 1983 (West)	7,51 Euro
15.	1984 bis 1990 (West)	7,24 Euro
16.	1973 bis 1990 (Ost)	5,64 Euro
17.	1991 bis 2002	8,13 Euro
18.	2003 bis 2013	9,80 Euro

Atmender Deckel von unten

Einige schlagen vor, mit dem Gesetz zum Mietendeckel lediglich einen mehrjährigen allgemeinen Mietenstopp für die ganze Stadt einzuführen. Zwar würden davon alle Mieter*innen profitieren, das Einfrieren der Mieten würde aber auch heißen, dass die Wohnungsunternehmen mit den bereits hochpreisigen Mieten einen Bestandsschutz erhalten. Wer hingegen in der Vergangenheit niedrige Mieten angeboten hat und lediglich zur Deckung von gestiegenen Kosten die Mieten erhöhte – meist weit unter dem, was nach dem Mietspiegel möglich wäre –, der würde nun vor Problemen stehen. Insbesondere gemeinwohlorientierte Wohnungsgesellschaften wie Genossenschaften wären davon betroffen. Hierin liegt eine große Gerechtigkeitslücke, die wir schließen müssen. Denn verantwortungsvolle Bestandshalter*innen und gemeinwohlorientierte Akteure wie die Genossenschaften sind unsere Verbündeten. Ein atmender Deckel, der moderate Mietsteigerungen zulässt, schließt die Gerechtigkeitslücke, würde aber bedeuten, dass Einkommensschwache, die einen Mietenstopp brauchen und in noch vergleichsweise niedrigpreisigen Wohnungen leben, gar nichts vom Mietendeckel hätten. Das ist ebenso ungerecht. In diesem Fall könnte aber eine ergänzende Härtefallregelung für die einkommensschwachen Mieter*innen helfen.

Wir Grüne haben uns von Anfang an für den Vorschlag eines atmenden Deckels von unten ausgesprochen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sieht im Entwurf auch eine ähnliche Regelung vor. Danach dürfen ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes die Mieten, die unterhalb der festgelegten Mietobergrenzen liegen, um jährlich 1,3 Prozent erhöht werden. Gleichzeitig schlägt die Senatsverwaltung in ihrem Referentenentwurf aber auch vor, dass der Mietendeckel auch nach oben atmen soll. Die Mietobergrenzen sollen per Rechtsverordnung nach kurzer Zeit angehoben werden können. Das finden wir falsch. Mindestens in den ersten fünf Jahren sollten keine Mieterhöhungen über die Mietobergrenzen hinaus erfolgen, um die versprochene Atempause für die Mieter*innen auch einzulösen.

Energetische Sanierung und Modernisierungsaufschlag

Fragwürdig in dem von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vorgelegten Gesetzesentwurf ist der Vorschlag, dass die Mieten aller Wohnungen, die in den letzten 15 Jahren modernisiert wurden, einen Aufschlag auf die Mietobergrenze von zusätzlich 1,40 Euro/QM bekommen sollen. Es wurde bisher weder beantwortet, wie sich diese Summe rechtfertigt, noch welche Maßnahmen dabei berücksichtigt werden. Dieser Vorschlag muss dringend kritisch geprüft werden. Ein Vorschlag des Berliner Mietervereins, der je nach Maßnahme Aufschläge gewährt, scheint sinnvoller. Generell stellt sich sich die Frage, wie wir es schaffen, dass z.B. Altbauten nicht in dickes Styropor gepackt werden, nur damit die Miete steigt, sondern stattdessen sinnvolle Maßnahmen für den Klimaschutz durchgeführt werden. Diese Steuerungswirkung haben wir mit dem jetzigen Entwurf noch nicht erreicht.

Rückenwind vom Bundesverfassungsgericht

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Mietpreisbremse bestärkt uns als Landesgesetzgeber zu handeln. Die Verfassungsrichter*innen stellen fest, dass keine Grundrechte verletzt wurden und entschieden: „Es liegt im öffentlichen Interesse, der Verdrängung wirtschaftlich weniger leistungsfähiger Bevölkerungsgruppen aus stark nachgefragten Stadtteilen entgegenzuwirken". Die Regulierung der Miethöhe sei dazu geeignet und Vermieter*innen auch zumutbar, denn: „Ihr Vertrauen, mit der Wohnung höchstmögliche Mieteinkünfte erzielen zu können, wird durch die Eigentumsgarantie nicht geschützt." Das gibt uns Rückenwind, bestätigt es doch, dass staatliche Eingriffe auf dem Wohnungsmarkt zulässig sind, wenn sie gut begründet sind und in Grenzen stattfinden – so wie es mit dem Gesetz zum Mietendeckel unser Ziel ist.

Wie geht es weiter?

Vor uns steht ein komplexes Verfahren: Senatsbeschluss, Verbändeanhörung und Befassung im Rat der Bürgermeister und das reguläre Gesetzgebungsverfahren im Parlament. Wir führen derzeit viele Gespräche mit der Stadtgesellschaft und versuchen alles abzuwägen. Leider haben wir bis heute keinerlei Zahlen oder Folgeabschätzungen durch den Senat erhalten, um die Szenarien besser abschätzen zu können. Auch warten wir noch auf die Beantwortung eines eingereichten Fragenkatalogs. Und was brisant ist: Es gibt bisher kein Konzept für das bezirkliche Personal, welches zwingende Voraussetzung für einen Erfolg ist. Von 120 bis 150 nötigen Stellen ist die Rede. Die Bezirke können ohne Gesetzesgrundlage und zusätzlicher finanzieller Ausstattung nicht einstellen oder sich vorbereiten. Hier kommt es auf den Senat an, die notwendigen Schritte parallel zum Gesetzgebungsverfahren in die Wege zu leiten. Denn jedes Gesetz ist immer nur so gut wie seine konkrete Umsetzung.

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Wohnungspolitische Sprecherin

Der Zeitplan für den Mietendeckel

- 13. September 2019 Anhörung Fachkreise und Verbände plus Anhörung bzw. Beratung im Rat der Bürgermeister
- 16. September 2019 Einleitung Mitzeichnungsverfahren
- 15. Oktober 2019 Senatsbeschluss
- 31. Oktober 2019 Erste Lesung im Abgeordnetenhaus
- November/Dezember 2019 Beratungen in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses
- 12. Dezember 2019 Zweite Lesung und Beschluss im Abgeordnetenhaus
- 10. Januar 2020 Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt Berlin
- 11. Januar 2020 Inkrafttreten

Xhainer Bezirkshaushalt beschlossen

Grün-rot-rote Mehrheit beschließt Haushaltsplan 2020/2021 mit vielen grünen Vorhaben

Der Spätsommer stand in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2020/21. Nach intensiven Sitzungen haben die Bezirksverordneten am 09. September 2019 mit grün-rot-roter Mehrheit einen Haushaltsplan beschlossen. Es sind Ausgaben von mehr als 700 Mio. Euro pro Jahr vorgesehen. Unsere Haushaltspolitik zielt dabei nicht auf die schiere Summe – sondern auf eine nachhaltige Steuerung und die Umsetzung unserer grünen Vorhaben im Bezirk.

Nachdem der Entwurf des Bezirksamts zum Doppelhaushalts Anfang August an die Bezirksverordneten ging, berieten die Fraktionen, die Fachausschüsse der BVV und schließlich besonders der Haushaltsausschuss das mehr als 400-seitige Zahlenwerk im Detail. Mit dem Beschluss geht der Doppelhaushalt nun an das Abgeordnetenhaus und wird dort als Teil des Berliner Gesamthaushalts bis Ende des Jahres Gesetz.

Bereits der Bezirksamtsentwurf von Finanzstadträtin Clara Herrmann setzte wichtige Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre. Er ermöglicht zusätzliche Investitionen in die Verkehrswende, den Schulbau, die Stärkung der Jugendarbeit, der bezirklichen Infrastruktur und die Schaffung eines emissionsfreien Fuhrparks. Zusätzliches Personal und mehr Nachwuchsförderung bilden einen weiteren Schwerpunkt. Besonders stark gemacht haben wir uns für mehr Stellen für den Rad- und Fußverkehr zur Umsetzung von bereits beschlossenen Verkehrsprojekte und für mehr Personal in der Grünpflege.

In den parlamentarischen Beratungen hat die Grüne Fraktion zusätzliche Schwerpunkte gesetzt und diese ausfinanziert. Besonders der Kulturbereich, die Digitalisierung der Volkshochschule und die Antidiskriminierungsarbeit an Schulen wurden mit zusätzlichen Finanzmitteln bedacht. Außerdem stärkt die BVV zukünftig die Beteiligungsstrukturen im Bereich Stadtentwicklung und bringt die Geschlechtergerechtigkeit in der Sportförderung voran.

Mit dem Doppelhaushalt für die kommenden beiden Haushaltsjahre hat die BVV einen Haushaltsplan mit grünem Anstrich beschlossen. Wir stärken die Bürger*innenbeteiligung, den Klimaschutz und die Kulturarbeit. Aus der puren Zahlenarbeit im Haushaltsausschuss kann nun reale Politik werden, die das Leben der Friedrichshainer*innen und Kreuzberger*innen verbessern und prägen wird. Ohne das starke Engagement der BVV-Fraktion, der Bezirksverwaltung und besonders unserer Grünen Finanzstadträtin Clara Herrmann wäre ein solcher Erfolg nicht denkbar gewesen. Ihnen allen gilt unser Dank für das unermüdliche Engagement, ihren Ideenreichtum und die super Zusammenarbeit.

Tobias Wolf und Annika Gerold, Bezirksverordnete

Neues von der AG Stadt

Die AG Stadt beim Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg von Bündnis 90 / Die Grünen lädt zum Mitmachen ein, berichtet über ihre Aktivitäten und stellt ihre neuen Projekte vor.

Die erste größere Aktion der AG Stadt, die Aktionswoche „Wir holen Europa in den Kiez!“ haben wir nun hinter uns. An unseren Infoständen haben wir Plakate ausgestellt (Wiener Wohnungsbau, Amsterdamer Vorgehen gegen Spekulation mit Wohnraum) und Unterschriften (Deutsche Wohnen & Co enteignen, Housing for all) gesammelt. Zudem haben wir zwei Podiumsdiskussionen zu den Themen „Wem gehören Europas Städte“ und „Energetische Gebäudemodernisierung, aber sozialverträglich“ angeboten. An diese Themen werden wir anknüpfen und dafür zwei Projekte aufrufen. Mit „Wem gehört Xhain“ wollen wir uns mit den Besitzverhältnissen von Teilen unseres Bezirkes auseinandersetzen. Beim Thema energetische Gebäudesanierung wollen wir einen effektiven Beitrag zur sozialverträglichen Gestaltung dieser Klimaschutzmaßnahme anstoßen.

Weitere Projekte und Schwerpunkte

In unseren beiden Treffen im Juni und August haben wir weitere Ideen gesammelt und eine Liste mit Schwerpunkten erstellt, darunter Themen wie Genossenschaften und Spreeufer für alle. Ebenso wollen wir in diesem Jahr noch einige einfallsreiche Aktionen organisieren. In Absprache mit unseren Xhainer Fachpolitiker*innen wollen wir zudem in die Gestaltung von Anträgen bzw. Änderungsanträgen bei Landes- oder Bundesparteitagen einsteigen. In diesem Sinnen werden wir uns beim kommenden AG-Treffen am 1. Oktober 2019 um 19 Uhr im Igelbau mit der BDK in Bielefeld beschäftigen, wo es ums Wohnen gehen soll.

Kiez- und Nachbarschaftsarbeit

Ein weiteres wichtiges Zukunftsprojekt wird die Kiez-/Nachbarschaftsarbeit (im Sinne von Community Organizing) sein. Wir wollen eine grüne Position dazu erarbeiten, das die Stärkung der lokalen Gesellschaft als unserer politische Programmatik vorsieht. Friedrichshain-Kreuzberg und die gute Tradition der lebendigen und rebellischen Zivilgesellschaft bieten sich dafür exemplarisch an. Wir wollen aus den hiesigen Erfahrungen ein Instrument machen, wie wir hier und woanders die lokale Zivilgesellschaft zum festen Bestandteil politischer und planerischer Prozesse machen. Wir Grüne auf Bezirks- und Landesebene sind ganz gut dabei. Sei es auf Bezirksebene mit dem Munizipalismus-Konzept von Florian Schmidt oder auf Landesebene der dauerhafte und enge Dialog mit Initiativen und Akteuren von Katrin Schmidberger. Versuchsweise will die AG Stadt in diesem Bereich neue Dinge entwickeln und etwa eine Werkstatt für Kiez- und Nachbarschaftsarbeit auf die Beine stellen. Gemeinsam wollen wir schauen, wie wir in Kiezen und Nachbarschaften die Menschen dazu anregen, mitzufordern, mitzureden und mitzuplanen. Im direktem Umfeld, wie bei der Gestaltung eines Platzes, der Belegung einer Fläche oder eines Ladens, aber auch genereller bei der Erzeugung einer Kultur des Mitentscheidens der Vielen über das Gemeinsame. Besonders wichtig ist die Vernetzung mit den Aktiven und bestehenden Nachbarschaftsinitiativen vor Ort. Nur so können wir mit der lokalen Zivilgesellschaft gemeinsam die Dialogformen und -prozesse zu gestalten. Wir hoffen, daraus ein schlüssiges politisches Konzept zu entwickeln, das unserem grünen pluralistischen, emanzipatorischen und basisdemokratischen Verständnis entspricht. Und wie bereits erwähnt, Eingang in unsere politischen Programmatik findet.

Mach mit!

Die AG Stadt sucht immer neue Mitstreiter*innen. Wir haben inzwischen über 35 Interessierte* in unserem Verteiler. Wenn diese und noch mehr mit anpacken, können wir vieles in Xhain und in seiner Nachbarschaften, aber auch in der ganzen Stadt bewirken. Egal ob ihr in Eurer Nachbarschaft aktiv, bei anderen Initiativen engagiert oder nur fachlich interessiert seid, ihr seid herzlich eingeladen, mitzumachen.

Kontakt oder Aufnahme in den Verteiler unter: ***stadt@gruene-xhain.de***

Theo Ioannidis, AG Stadt

Dach über Kopf

Dach über Kopf! Wohnraumfragen in Friedrichshain und Kreuzberg, so heißt die neue Ausstellung im FHXB-Museum, die noch bis zum 3. November in der zweiten Etage des Museums in der Adalbertstraße 95A zu sehen ist.

Historisch wie gegenwartsbezogen untersucht die Ausstellung die Bedingungen, Räume und Kämpfe um das Wohnen in Friedrichshain und Kreuzberg. In der der bewusst fragmentarischen Darstellung der unterschiedlichen Themen werden historische Brüche und Kontinuitäten beleuchtet und quer liegende Fragen angeregt. Oder wie es Uwe Rada in einem umfangreichen Artikel in der taz so treffend formuliert: „Wie immer verschwinden im FHXB-Museum die Grenzen zwischen Musealisierung und Aktivismus.“.

Gecendix und KMA

Schon wenn mensch den Raum betritt, wird zumindest für viele Kreuzberger*innen der Bezug zu den ganz aktuellen Kämpfen um (Wohn) Raum und die Frage „Wie wollen wir leben in unseren Kiezen?“ schon visuell klar, ohne auch nur ein einziges Ausstellungsobjekt gesehen oder einen der Texte gelesen haben zu müssen: Die Besucher*innen befinden sich in einer Konstruktion von Stahlschienen und -elementen, die nicht zufällig an das „Gecekondu“ am Kotti erinnert, ohne dieses 1:1 nachzubauen. Konzipiert, um schnell und ohne großen Aufwand Orte der Begegnung zu schaffen, ist diese nicht umsonst auch „Gecendix“ genannte Konstruktion eines der Zentren und inzwischen auch Symbol des Widerstands gegen Gentrifizierung und Verdrängung. So wird denn auch in der Ausstellung selbst den Aktivist*innen von Kotti & Co größerer Raum eingeräumt. So wie überhaupt Aktivist*innen und Wohnräumvisonär*innen an zentraler Stelle zu Wort kommen. Einen weiteren Schwerpunkt der Ausstellung bildet die Karl-Marx-Allee in Friedrichshain. Auch sie ist „Ort des Visionären und Widerständigen zugleich“ (U. Rada). Konzipiert als „Straße der Arbeiterpaläste“ – mit für die damalige Zeit vorbildlichen und bis heute attraktiven Wohnungen – um die Überlegenheit und Fürsorge des sozialistischen über das kapitalistische System im wahrsten Sinne des Wortes erlebbar zu machen, wurde sie am 17. Juni 1953 zum Ausgangsort des Aufstands der Arbeiter gegen eben jenes System und den Druck von oben. Schon nach der Wende zu großen Teilen an private Investor*innen verramscht, drohte nun die Übernahme von vier Blöcken durch den Immobilienkonzern Deutsche Wohnen. „Marx würde heulen“ steht auf einem der beiden Plakate, die in der Ausstellung den Kampf gegen diesen erneuten Ausverkauf dokumentieren. Die Bewohner*innen schlossen sich zusammen, vernetzten sich mit stadtpolitisch aktiven Initiativen und konnten den Verkauf mit Unterstützung von Bezirk und Land verhindern und eine Rekommunalisierung ihrer Wohnungen erreichen. „So schlägt sich der Bogen des Widerstands in Kreuzberg und Friedrichshain über einen Zeitraum von 150 Jahren bis in die Gegenwart“, so die Kuratorin der Ausstellung, Natalie Maier.

Ohne Titel (Umzug auf Karren) *Foto: Heinrich Zille, Sommer 1901*

Protestplakat „Euch gehören die Häuser, aber uns gehört die Stadt“ *Foto: Ellen Röhnera*

Rebellion als Dauerzustand

Denn nicht erst seit den ersten Hausbesetzungen in Kreuzberg oder den Jahren vor und nach der „Wende“ in Friedrichshain ist „Berlin ist in einem Dauerzustand der Rebellion“ (Andre Holm) gegen Mieterhöhungen, Verdrängung und eine Stadtplanung von oben, die einzig den Interessen des Kapitals oder einer autogerechten Stadt zu dienen scheint. Bereits in den 1860er und 1870er Jahren gibt es erste Proteste gegen die Wohnungsnot, die als Moritzplatz- und Blumenstraßenproteste in die Geschichte eingingen. Die Protestformen erinnern da durchaus an die heutigen. In zeitgenössischen Medien wird der neue Widerstand aus der Bevölkerung als ein sozialer Typus von Revolte beschrieben, der den Anfang einer Revolution gegen die Vermieter ebne. Was heute Zwangsräumung heißt, nannte sich damals Exmittierung. Und wer erinnert sich heute noch an einen weit größeren Aufstand am Ende der Weimarer Republik? Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit bedrohten zahlreiche Berliner*innen in ihrer Existenz. Und schon damals nutzten Vermieter diese Zwangslage schamlos aus. Doch dann passierte, womit niemand gerechnet hatte. Unterstützt von der KPD traten Berliner Mieter*innen im August 1932 in einen Streik. „Erst das Essen, dann die Miete“, lautete die Parole. In einer Stadt, wo heute immer mehr Menschen gezwungen sind, mehr als 30 % ihres Einkommens für das Grundbedürfnis Wohnen ausgeben zu müssen, hört sich das sehr aktuell an. Und wäre vielleicht zur Nachahmung zu empfehlen.

Weitere Kapitel der Ausstellung sind „Gemeinsam Wohnen“, „Visionär Wohnen“ und „Krank Wohnen“. Auch hier wird der Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart geschlagen. Etwa von „stillen Besetzungen“ in der DDR über experimentelle Wohnformen der späten 60er Jahre, in denen Geschlechterordnungen und Machtverhältnisse hinterfragt werden bis hin zu Hausprojekten, die heute um hierarchiefreie und alternative Lebensräume kämpfen und sich, wie etwa das querfeministische Hausprojekt Liebig 34, gegen die drohende Räumung zu wehren suchen.

Eine anregende und spannende Ausstellung, die Mut macht und eine*n auf neue alte Ideen bringt.

Werner Heck, Bezirksverordneter

Kampf gegen Verdrängung

Am 14. August wurde der Spätkauf von Zekiye Tunç in der Oranienstraße 35 zwangsgeräumt. Ihr langer Kampf gegen die Verdrängung geht damit in eine neue Runde.

Am Tag der Räumung hatte Zekiye keine Kraft mehr selbst vor Ort zu sein, als die Schlüssel zu ihrem Späti dem Gerichtsvollzieher übergeben wurden. Der zweieinhalb Jahre dauernde Kampf gegen die Verdrängung und für den Verbleib ihres Spätis „Ora35" ist an diesem Tag in eine neue Runde gegangen. Denn der Familie Tunç ist es wichtig, dass der Kampf weiter geht.

Der Kampf ist verloren: ORA 35 heute *Foto: ha*

Zekiye ist Teil des Kiezes und ihr Späti ein sozialer Treffpunkt

Das Haus, in dem sich der Späti im Erdgeschoss befand, wurde vor wenigen Jahren an die Bauwerk Immobilien GmbH verkauft. Der leider bekannte Verdrängungsprozess von Kleingewerbe setzte ein: Die neue Eigentümerin verlängerte den Gewerbemietvertrag nicht, sondern wollte, dass der Späti schließt. Es wurden Angebote an die Bauwerk gemacht, doch die Vertragsverhandlungen liefen ins Leere. Zekiye zahlte die Miete für ihren Laden weiter und führte ihre Geschäfte wie gewohnt.

Im Oranienkiez ist Zekiye seit vierzig Jahren fest verwurzelt. Schon seit sie als junges Mädchen nach Kreuzberg kam, lebt und arbeitet sie hier. Zuerst beim Vater im Gemüseladen, der auch schon in der Oranienstraße war, dann betrieb sie ihre eigenen, ganz unterschiedlichen Geschäfte, um sich und ihrer Familie eine Existenz aufzubauen. Seit nunmehr zehn Jahren betrieb Zekiye den Oranienspäti, der für viele Nachbar*innen der Ort war, wo man sich auf ein Getränk traf, sich unterhielt und austauschte. „Schatzi, willst du einen Kaffee?", empfing einen Zekiye, wenn man im Späti vorbeischaute. Er war Teil der besonderen Kiezkultur in Kreuzberg.

Als im Juni 2019 ein Gerichtsvollzieher im Laden auftauchte und Zekiye die Vollstreckungsmitteilung für die Räumung des Spätis übergab, reaktivierte sich der Protest, der sich bereits vor zwei Jahren, als der Vertrag auslief, formierte. Man kann sagen: Der Kiez lehnte sich auf. Die Kreuzberger*innen solidarisierten sich mit der Familie und ihrem Späti. Mehrere Initiativen, u.a. die OraNostra, ein Zusammenschluss der Gewerbetreibenden in der Oranienstraße, mobilisierten zu Kundgebungen und Demonstrationen, es wurden Transparente gemalt und in die Fenster der Nachbarschaft gehängt, Flugblätter verteilt.

Die Gesprächsangebote an die Bauwerk wurden ignoriert

Mehrere Briefe und zig Postkarten wurden an die Geschäftsführerin der Bauwerk, Anke Polster, geschrieben; unsere direkt gewählte Bundestagsabgeordnete, Canan Bayram, setzte sich tatkräftig für Zekiye und ihren Späti ein. Doch abermals scheiterte die Kontaktaufnahme seitens der Bauwerk.

Zweimal fuhr Zekiye nach Hamburg mit dem Ziel, persönlich mit Frau Polster zu sprechen. Ihre Hoffnung war es, dass Frau Polster sie nicht aus ihrem Späti schmeißen würde, wenn sie sich gegenübersäßen und in die Augen schauten. Das zweite Mal begleitete sie ein breites Unterstützungsnetzwerk auf der Fahrt mit dem Solibus nach Hamburg. In lautstarken Kundgebungen wurde deutlich gemacht: Wir lassen uns in Kreuzberg nicht von Frau Polster oder der Bauwerk diktieren, wer unsere Nachbar*innen sind. Wir wollen Zekiye mit ihrem Spätkauf als Nachbarin behalten. Doch die Geschäftsführerin verweigerte wieder das Gespräch.

In Deutschland gibt es kein wirkungsvolles Gewerbemietrecht, das Mieter*innen wie Zekiye schützt. Die Bundesregierung hat kein Interesse daran etwas zu ändern, obwohl Investor*innen mit den Existenzen von Menschen spielen. Trotz jahrelanger gewerblicher Tätigkeit ist Zekiye, genauso wie viele andere Gewerbetreibende, ungeschützt, wenn ihr Vertrag nicht verlängert wird. Es macht wütend, dass vielfältige Gesprächsangebote, breiter und solidarischer Protest der Nachbarschaft und darüber hinaus, von der Eigentümerin des Hauses einfach ignoriert werden können. Die Verdrängung von Zekiyes Späti als sozialer Treffpunkt steht exemplarisch für die Umwälzung unserer Kieze in leblose Straßen.

Es braucht bessere Instrumente und Gesetze

Doch der Kampf geht in eine neue Runde: Wir lassen nicht zu, dass Investor*innen meinen, entscheiden zu können, was Kiezkultur sei. Das entscheiden die Anwohner*innen. Als Politiker*innen haben wir die Aufgabe, uns weiter vehement dafür einzusetzen, dass bessere Instrumente und Gesetze zur Verfügung stehen, um Gewerbetreibende – vom inhabergeführten Kleingewerbe über die Kita bis hin zum Künstleratelier – vor der Gnade und Willkür der Immobilieneigentümer*innen zu schützen. Für Zekiyes Späti werden aktuell neue Räumlichkeiten in Kreuzberg gesucht.

Silvia Rothmund,
Geschäftsführender Ausschuss

Ein Platz für Rio Reiser?

Die Bezirksverordnetenversammlung lädt die Bürger*innen von Friedrichshain-Kreuzberg ein zu entscheiden, wie Rio Reiser in und durch unseren Bezirk geehrt werden soll.

„Kein Platz für uns in den Wäldern / kein Platz für uns auf dem Feld / kein Platz für uns auf der Mondsichel / kein Platz bis ans Ende der Welt // Kein Platz für uns in den Bergen / kein Platz wohin der Schatten fällt / kein Platz für uns in keinem Land / kein Platz am Ende der Welt …", singt Rio Reiser in seinem Lied *„Bis ans Ende der Welt"* aus dem Jahr 1987.

Jetzt gibt es vielleicht ja doch einen Platz für Rio Reiser und das nicht am Ende der Welt, sondern mitten in Kreuzberg – am Heinrichplatz in SO36. Dafür hat sich jedenfalls eine Mehrheit der in einer vom Bezirksamt in Auftrag gegebenen Umfrage befragten Kreuzberger*innen entschieden. Und nun steht der zweite und entscheidende Teil der Bürger*innenbeteiligung zu der Frage an, wie Rio Reiser in Kreuzberg geehrt werden soll. Bereits im September des letzten Jahres hatte die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, „Rio Reiser angemessen zu ehren und darüber hinaus an sein gemeinsames Wirken mit der Band *Ton Steine Scherben* in Kreuzberg zu erinnern und diese Erinnerung im Stadtraum sichtbar und damit erlebbar zu machen. Hierzu soll neben der Umbenennung eines Teils des Mariannenplatzes oder des Heinrichplatzes in ‚Rio-Reiser-Platz' auch die Möglichkeit eines Denkmals oder einer Gedenkinstallation in Betracht gezogen und diskutiert werden. Die verschiedenen Vorschläge und Alternativen sollen in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt und diskutiert werden."

Diese Veranstaltung wird nun am 7. November 2019 ab 19:00 Uhr im Aquarium in der Skalitzer Str. 6, direkt

Rio Reiser *Foto: Rio-Reiser-Archiv*

am Kotti in Kreuzberg SO 36, stattfinden. Vorbereitet und konzipiert wird die Veranstaltung von einer Arbeitsgruppe, in der neben Vertreter*innen der BVV, des Fachbereichs Kultur und Geschichte unter anderem auch der Bruder von Rio, Gert C. Möbius, und weitere Mitglieder der Familie Rios, Kai Sichtermann von *Ton Steine Scherben*, Vertreter*innen der Geschichtswerkstatt, die bereits seit vielen Jahren einmal im Jahr eine Bootstour zu Ehren Rio Reisers und Ton-Steine-Scherben-Bootstouren veranstalten, vertreten sind.

Nach einem Intro über Rio Reiser und die Scherben von Gert C. Möbius und Kai Sichtermann werden die verschiedenen bislang zur Diskussion stehenden Alternativen zur Ehrung Rios in Kreuzberg durch Fürsprecher*innen vorgestellt. Dazu gehören die schon erwähnte Platz-(Um)Benennung bzw. die Gedenkinstallation, ein Denkmal sowie zwei weitere, neue Vorschläge von Bürger*innen – die Benennung des Uferwegs auf der Lohmühleninsel (wo Rio im Video zu *Julimond* singt) oder der Grünfläche am Bethanien. Und ebenso der Verzicht auf eine offizielle Ehrung durch den Bezirk als „staatliche Institution", da dies weder zu Rio noch zu den Scherben passen würde. Zudem haben die Teilnehmer*innen der Veranstaltung dann die Möglichkeit, weitere Vorschläge einzubringen.

Alle Vorschläge können dann zunächst in einer offenen Diskussion erörtert und gegeneinander abgewogen werden. Am Ende steht dann die Abstimmung über die verschiedenen Alternativen durch Vergabe von Punkten durch die Anwesenden*. Deren Entscheidung wird dann neben den Ergebnissen der schriftlichen Abstimmung aus der Umfrage die Grundlage für eine entsprechende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Bildung an die BVV sein und möglichst bald umgesetzt werden.

Sollte es keine Einsprüche seitens der durch eine mögliche Umbenennung direkt betroffenen Anwohner*innen geben, könnte es gelingen, die Ehrung Rios schon im Herbst des nächsten Jahres – quasi als Geschenk zu seinem 70ten Geburtstag – im Rahmen einer Veranstaltungsreihe und eines Konzerts der *Scherben* zu 50 Jahren *Ton Steine Scherben* zu zelebrieren.

Werner Heck,
Bezirksverordneter

Bunt-Grün

Von einer Idee zu einer Bewegung

Bunt-Grün ist das bundes- und parteiweite erste Empowerment Netzwerk für People of Colour und Schwarze Menschen (B/PoC) innerhalb der Grünen Partei.

Wir haben uns 2013 innerhalb der Grünen Partei als Graswurzel-Netzwerk gegründet. Was uns von Anfang an geeint hat, war die Überzeugung, bei Bündnis 90/Die Grünen unsere politische Heimat gefunden zu haben. Jedoch erlebten wir in vielen politischen Räumen, dass die rassismuskritische Perspektive als Querschnittsthema in Diskussionen und Vorträgen zu Politikfeldern, wie Wohnungs-, Sozial- und Bildungspolitik, aber auch Umwelt- und Klimapolitik fehlte.

Deswegen richten wir seit Beginn unseres grünen Engagements den kritischen Blick nicht nur auf gesellschaftliche Ungleichverhältnisse, sondern auch auf innerparteiliche Strukturen: Wir engagieren uns für die gerechte Repräsentation von rassistisch diskriminierten Menschen (B/PoCs) auf allen Ebenen der Partei. Wir haben dafür am 2. Dezember 2017 den Antrag „Plural nach vorn" mitinitiiert und miterarbeitet, mit dem erstmals in einer Partei ein umfassendes Maßnahmenpaket für mehr Diversität innerhalb der Partei beschlossen wurde. Darunter eine unserer wichtigsten Forderungen, dass der Anteil von Menschen mit sogenannten Migrationshintergrund bis 2021 dem Anteil der Berliner Bevölkerung angepasst werden muss (z. Z. 31 %).

Wir arbeiten nun seit mehr als sechs Jahren sehr erfolgreich daran, B/PoCs als aktive Mitglieder für die Grünen zu gewinnen und zu empowern. Konkret bieten wir zum einen Schutzräume für den Austausch über Diskriminierungserfahrungen innerhalb und außerhalb der Partei. Zum anderen unterstützen wir Grüne of Colour, bei den Grünen anzukommen und langfristig verantwortungsvolle Aufgaben in Ämtern oder durch Mandate zu übernehmen. Außerdem erarbeiten wir gemeinsam Positionen, die wir auf vielfältige Weise in den Meinungsbildungsprozess der Partei einbringen, und vermitteln Expert*innen of Colour als Referent*innen, um unsere Perspektive sichtbar zu machen und vertreten zu wissen.

Unser Fokus liegt zwar auf Repräsentation und Empowerment von B/PoCs, dabei bleibt aber unser Netzwerk offen für alle Menschen, die sich für rassismus- und machtkritische sowie postkoloniale Perspektiven interessieren! Unser Ansatz ist menschenrechtsbasiert, macht- und rassismuskritisch und intersektional; uns ist es bewusst, dass es Mehrfachdiskriminierungen gibt. Für uns wird Feminismus beispielsweise nicht ausschließlich von weißen Frauen geprägt; in feministischen Debatten muss auch über Deutungshoheiten verhandelt werden.

Wir als Bunt-Grün hatten die Idee – eine Vision – von einer gerechten Repräsentation und es erfüllt uns mit großer Freude, dass wir zu einer Bewegung gewachsen sind, die nun viel Unterstützung innerhalb der Partei bekommt und viele Verbündete innerhalb und außerhalb der Partei gewonnen hat. Auch freuen wir uns auf jede weitere Person, die Teil unseres Netzwerks werden möchte (Mail an: ***bunt@gruene-berlin.de***).

Filiz Keküllüoğlu und
Deniz Yıldırım,
Co-Sprecherinnen von Bunt-Grün

Der Görli – Eine Chronologie

Der Görli wird als Sinnbild von Kriminalitätsduldung durch links-grün-versiffte Gutmenschen im Kiez und in der Bezirksregierung missbraucht. Und gerne wird suggeriert, dass nichts getan wird und es allen herzlich egal ist, was dort passiert. In wiederkehrender Regelmäßigkeit übereifern sich Medien und Politiker*innen mit Vorschlägen und kampagnenähnlicher Berichterstattung. Wenn die CDU das schlimme Berlin vorführen will, lädt sie lustvoll zu einer Besichtigungstour in den Görli ein. Letztendlich zeigt aber genau diese CDU, dass ihr Innensenator, der 5 Jahre Zeit als Senator für Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung hatte, kläglich versagt hat. Und weil der Senator ohnmächtig blieb, musste der Bezirk eigene Lösungen entwickeln, um den Park wieder zugänglich zu machen.

Der Weg zum Handlungskonzept

Der Görlitzer Park ist eine Grünfläche, die von der Anwohner*innenschaft in den 80er Jahren für den Wrangelkiez gefordert wurde. Seit nunmehr 30 Jahren gestalten Bezirksamt und Anwohner*innenschaft den Park gemeinsam. Die stattgefundenen Beteiligungsverfahren sind zahlreich. Dies muss man wissen, wenn man die aktuellen Prozesse verstehen will. Ohne Anwohner*innenbeteiligung geschieht im Park so gut wie nichts.

Der damalige Stadtrat Hans Panhoff hat folgerichtig verschiedene Ideenwerkstätten zur Parkgestaltung durchgeführt; aber auch viele Bürger*innenversammlungen, als die Situation zunehmend schwieriger wurde. Der Park wurde viele Sommer von Wanderarbeiterfamilien bewohnt und durch eine intensive, weltweite Tourismusbewerbung von Visit Berlin kamen immer mehr feierfreudige junge Leute in den Kiez und in den Park. Ab 2012/2013 kamen zunehmend mehr Männer in den Park, um Drogen zu verkaufen. Die Nachfrage stieg durch den Tourismus stark an und damit auch die Anzahl der Verkäufer. Die Parkeingänge wurden aggressiv belagert, niemand konnte mehr in den Park ohne angesprochen oder angefasst zu werden. In den Park wollten viele Anwohner*innen nicht mehr rein, weil sie Angst hatten oder sich zumindest unwohl fühlten.

Der Bezirk hat ab 2014 verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um den Park wieder freier nutzbar zu machen. Der Stadtrat hat die Polizei zur Beratung hinzugezogen, was den Angstraum Park betrifft. Die Folge waren verschiedene Beschneidungen im Bewuchs, aber auch bauliche Maßnahmen. Das Bezirksamt hat die Polizei unterstützt durch Kolleg*innen vom Ordnungsamt, um Präsenz im Park zu zeigen. Gemeinsam mit dem Finanzsenator wurde der Park ein Modellpark für die BSR, die seitdem täglich zum Reinigen kommt und eine große Wirkung erzielt. Der damalige CDU-Innensenator versuchte es mit viel Brimborium mit Nulltoleranzzonen, Task-Force und Razzien. Da im Park fast ausschließlich mit Cannabis gehandelt wurde und wir den Erfolg der ordnungspolitischen Aktionen eher nicht erkennen konnten, hat der Bezirk einen Antrag zum kontrollierten Cannabisverkauf beim BfArM gestellt. Dieser wurde abgelehnt.

Allen Maßnahmen zum Trotz, der Drogenhandeln im Park konnte weder eingeschränkt oder gar beendet werden. Die Anwohnenden waren und sind ambivalent. Einerseits soll der Handel aus dem Park und aus dem Kiez verschwinden, andererseits soll nicht noch mehr Polizei im Stadtteil präsent sein und die Razzien gegen People of Colour wurden und werden von vielen sehr kritisch gesehen.

Das Handlungskonzept

In Kiez-Versammlungen wurde von Anwohnenden die Idee entwickelt, eine Art Manifest bzw. Regelwerk für den Görli partizipativ zu diskutieren und aufzuschreiben. Hans Panhoff hat das Anliegen aufgegriffen und es wurde die sog. AG-Görli gebildet. „Die AG bildete sich aus Interessierten der „Koordinationsrunde Görlitzer Park" bzw. dem „Fachgespräch Parkranger" und bestand aus Vertreter*innen der Verwaltung, sozialer Träger vor Ort und der Anwohner*innenschaft. Für die Arbeit der AG war es elementar, ihre Ideen ohne die Einschränkungen durch das tägliche operative Handeln entwickeln zu können. Sie unterlag keinen Vorgaben seitens Politik oder Verwaltung und erfuhr keinerlei Eingriffe in ihre Unabhängigkeit." (siehe Handlungskonzept)

Die AG legte im Mai 2016 das Handlungskonzept Görlitzer Park vor, welches mit seinem Leitbild damals wie heute eine sehr große Herausforderung für uns alle ist.

Der Görlitzer Park im Herbst *Foto: ck*

Was ist bis jetzt passiert?

Es wurden einige der Empfehlungen des Handlungskonzepts bereits umgesetzt. So gibt es inzwischen einen Parkrat, der von ca. 1.400 Menschen gewählt wurde. Zusammen mit dem Bezirksamt hat der Parkrat eine Satzung erarbeitet, wie der Park gemeinsam mit Anwohner*innen und den Nutzer*innengruppen gestaltet werden soll. Darüber hinaus wurde ein Parkmanagement eingeführt, d. h. es gibt einen Parkmanager* und die sogenannten Parkläufer*innen. Ebenso finanziert der Bezirk im Park soziale Arbeit für Jugendliche und Erwachsene. Für mehr Sauberkeit wurde mit der BSR vereinbart, dass der Park weiterhin täglich gereinigt wird und es wurde entschieden, wo zukünftig ein Auslaufplatz für Hunde entstehen soll. Auch mehr öffentliche Toiletten wurden eingerichtet. Zudem finden auf mehrheitlichen Wunsch der Anwohner*innen zukünftig im Park keine Events mehr zum ersten 1. Mai statt.

Da wir zur Kenntnis nehmen mussten, dass alle polizeilichen Maßnahmen zur Reduzierung bzw. zur Abschaffung des Drogenhandels nicht wirksam waren, wurde im Handlungskonzept ebenfalls festgehalten, dass Ideen gesucht werden müssen, wie der Spagat zwischen freizeitlicher Parknutzung und Drogenverkauf gelingen kann.

Wie kann es weitergehen?

Zwei Ideen wurden und werden gerade sehr kontrovers diskutiert: Die markierten Stellplätze und der temporäre Getränkeverkauf an den Eingängen. Nun kann man sich darüber trefflich streiten, ob diese Vorschläge funktionieren oder nicht. Sich aber im Vorfeld schon jedes Mal zu ereifern, dass wir dadurch Kriminalität akzeptieren würden, bringt uns keinem Millimeter weiter. All jene, die dann immer gleich Schaum vor dem Mund haben, haben noch keinen einzigen wirksamen Vorschlag eingebracht.

Der dritte und jüngste Vorschlag ist die Schließung des Parks von 22:00 bis 6:00 Uhr. Dieser Vorschlag ist überhaupt nicht neu. Er zeugt aber von einer irritierenden Unkenntnis der Vorort-Situation. Wenn der Park um 22:00 Uhr geschlossen würde, verteilen sich die Drogenverkäufer in den Wrangelkiez, zum Görlitzer Bahnhof, zum Schlesischen Tor und zum Schlesischen Busch nach Treptow. Dort sind die Tourist*innen, also die Käufer*innen. Die Partys in den Clubs dauern bis in die frühen Morgenstunden, der Absatz ist also garantiert. Geht der Park um 6:00 Uhr wieder auf, kommen die Dealer wieder zurück in den Park und es wurde nichts erreicht, außer einer Verdrängung um ein paar Meter für die Nacht. Würden wir das Dealen im Wrangelkiez inklusive des Görli durch Schließzeiten wirksam bekämpfen können, hätten wir es längst versucht.

Dass es nicht bleiben kann, wie es ist, ist allen klar. Dass Parkrat und Parkmanagement nicht die Lösung gegen das Dealen sind, wissen wir auch. Dass auch die Polizei nur stören, aber nicht die Dealerszene auflösen kann, beobachten wir seit über sieben Jahren. Daher werden sich die Bezirke Kreuzberg und Treptow, beide Polizeidirektionen, die Senatsinnenverwaltung und die Staatsanwaltschaft an einen Tisch setzen müssen, um intensiv über eine neue Lösungsstrategie nachzudenken.

Zum Schluss möchte ich allen empfehlen, sich das Handlungskonzept selbst durchzulesen. Unter dem folgenden Link findet sich alles zum Görli. Es lohnt sich, sich einfach mal selbst ein Bild zu machen:

https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/gruenflaechen/gruenanlagen/artikel.489464.php

Monika Herrmann, Bezirksbürgermeisterin

Leitbild des Handlungskonzeptes

- „Wir setzen uns für einen Park für alle ein. Jeder Mensch hat das Recht den Park zu besuchen. Keine Gruppe darf diskriminiert werden, keine den Park dominieren.
- Wir wollen eine faire Nutzung. Jeder Mensch muss den Park so nutzen, dass ihn auch andere unbeschwert nutzen können.
- Wir wollen, dass die Anwohnerschaft bei der Nutzung angemessen berücksichtigt wird, schließlich entstand der Park auf deren Initiative.
- Wir wollen keine Vertreibung von Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen, sondern kümmern uns um sie.
- Wir schaffen Stätten der Begegnung und Aktivität.
- Wir sorgen für die Sauberkeit, die wir zum Wohlfühlen brauchen.
- Wir fördern Maßnahmen, die bewirken, dass sich alle sichererfühlen können, ohne auf Law-and-Order zu setzen.
- Wir stellen sicher, dass Ökologie und Naturschutz langfristig berücksichtigt werden.
- Wir wollen die Vielfalt des Parks erhalten und die Verbindung zu den umliegenden Kiezen stärken.
- Wir etablieren auf Dauer angelegte Instrumente der Bürgerbeteiligung." (s. Handlungskonzept)

Görli – Polizeieinsatz mit Fragen

Am 26. August machte der Parkrat des Görli in seiner Stellungnahme einen Polizeieinsatz vom selben Tag bekannt und kritisierte diesen als „unverhältnismäßig, brutal und der Situation nicht angemessen". Offenbar ging die Polizei nach einem Hinweis auf einen mutmaßlich bewaffneten Mann gegen einen „Afrikaner" vor. Bei diesem Polizeieinsatz wurde eine Mitarbeiterin des Joliba e. V. schwer verletzt, als sie sich in die – aus Sicht mehrerer Zeug*innen – unangemessene Gewaltanwendung von fünf Polizeibeamt*innen gegen den am Boden liegenden Mann, der sich im Nachhinein als unbewaffnet herausstellte, einmischte. Erst aufgrund der Stellungnahme des Parkrates wurde in der Berliner Presse über den Vorfall berichtet. Bleibt zu hoffen, dass eine hinreichende und objektive Klärung des Sachverhalts stattfindet. Die von den Zeug*innen geschilderte Brutalität der polizeilichen Maßnahme lässt in jedem Fall Fragen offen.

Claudia Schulte, Bezirksverordnete

Immer wieder Görli | Ein Kommentar

Nachdem das ARD-Magazin „Kontraste" bereits im Juli dieses Jahres über eine zunehmende Zahl der Gewalttaten im Görli berichtete, wurde auch der jüngste Beitrag des vom RBB produzierten Magazins vom 4. September 2019 mit dem Titel „Der Deal mit den Dealern" kontrovers diskutiert.

Eine am Freitag, dem 6. September, stattgefundene polizeiliche Razzia mutet nach dieser medialen Berichterstattung dabei wie die Erfüllung eines Arbeitsauftrages besorgter Journalist*innen an. Und obgleich die „Null-Toleranz-Politik" des ehemaligen Innensenators Henkel (CDU) allgemein als gescheitert gilt, fragt man sich schon, ob Innensenator Geisel (SPD) den aktuellen Rufen der Berliner CDU: "Den Drogensumpf Görlitzer Park trockenlegen" auf diese Weise folgen will.

Dem Bezirk bzw. dem Bezirksamt, und insbesondere der Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, hier den Vorwurf zu machen, Kriminalität zu tolerieren und die Problematik im Görlitzer Park zu bagatellisieren, ist angesichts der Vielschichtigkeit und der Komplexität der Thematik schlichtweg falsch. Wo Nachfrage besteht, wird auch immer ein Angebot vorhanden sein. Wo kontrollierter und damit legalisierter Cannabis-Verkauf abgelehnt wird, bleiben Illegalität und damit verbundene Kriminalität an der Tagesordnung. Nun wieder Maßnahmen durchzuführen, die bereits in der Vergangenheit nicht gewirkt haben, erscheint dabei wenig zielführend. Vielmehr ist die von Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann angeregte Initiative für eine neue gemeinsame Lösungsstrategie von Kreuzberg und Treptow, beiden Polizeidirektionen, der Senatsinnenverwaltung und Staatsanwaltschaft, zu begrüßen und zu unterstützen.

Claudia Schulte, Bezirksverordnete

Das neue Wir | Eine andere Erzählung der Migration in Deutschland

Fraglos tut sich Deutschland seit 1945 ohne Unterbrechung schwer mit Einwander*innen und Vielfalt. Migration wird bis heute beargwöhnt und noch immer durch die „ethnokulturelle Brille“ betrachtet. Doch wie lassen sich die letzten 75 Jahre mit dem Blick auf das Gelingende und die – mitunter fast unmerklichen – Zivilisierungsgewinne erzählen?

In seinem Buch „Das neue Wir“ untersucht der Historiker und Migrationsforscher Prof. Jan Plamper auf sehr anschauliche Weise die einzelnen Phasen und Themen dieser Streitfragen. Denn das Besondere an seiner Untersuchung besteht in der Verknüpfung von langfristigen historischen Prozessen mit den Erfahrungen von Einzelnen, den aufgezeichneten Erzählungen der Dazugekommenen. Es sind diese Stimmen und Geschichten, die Geschichte lebendig machen.

Die ungehobelten deutschen Manieren

Bevor er zur Gegenwart kommt, gibt Plamper einen Abriss der deutschen Überseemigration vom frühen 16. Jahrhundert bis zu den großen Auswanderungswellen in die USA seit dem 18. Jahrhundert sowie nach Brasilien und ins zaristische Russland. Besonders in den USA scheinen sich die deutschen Migranten damals selbst eine „ethnokulturelle Brille“ aufgesetzt zu haben: Sie blieben lieber unter sich, bildeten Parallelgesellschaften, deutschsprachige Schulen, pflegten ihre „ungehobelten Manieren“ (Benjamin Franklin) und umzäunten sogar ihre Häuser – damals sehr ungewöhnlich!

Eine heute wenig erinnerte Geschichte stellt der erste Einwanderungsschub nach 1945 dar. Er bestand aus zwölfeinhalb Millionen Vertriebenen und Aussiedler*innen, die keineswegs willkommen waren. In der Konkurrenz um Wohnraum und Arbeit wurden sie als schmutzig, primitiv, grundsätzlich unehrlich und faul abgewertet. Deutschland war damals die Drehscheibe der größten Migrationsherausforderung der europäischen Neuzeit, dennoch gelang die „Integration“ dieser riesigen Menschengruppe innerhalb von nur sechs Jahren! Heute kommt jede* fünfte Deutsche* aus einer Vertriebenenfamilie.

Arbeitsmigration westdeutsch

„Die unglücklichsten Menschen auf dieser Welt waren die Ausländer, die erste Generation“, zitiert Plamper einen griechischen Gastarbeiter. Sparen wollten sie und dann zurück, nur war es am Ende oft zu spät. Mit den verschiedenen Anwerbeabkommen ab 1955 (Türkei 1961) kamen Arbeitskräfte mit geringen Qualifikationen und leisteten oft Schwerstarbeit, z. B. im Bergbau, viele standen am Fließband, etwa bei Siemens in Berlin. Es wurde wenig deutsch gesprochen und kostenlos angebotene Sprachkurse gab es nicht. Die Kinder dieser Migrant*innen lernten dann besser mit der Zerrissenheit umzugehen, obwohl sie immer wieder mit Fragen, wie „was bist Du eigentlich?“, belästigt wurden. Noch bis zum Ende des 20. Jahrhunderts waren Migrant*innen und ihre Kinder, die das Herkunftsland ihrer Eltern oft nur aus dem Urlaub kannten, „Ausländer“.

1973 hat die SPD/FDP-Regierung als Reaktion auf das Ende des wirtschaftlichen Booms einen Anwerbestopp beschlossen – aus Angst vor den Konflikten, die wir bis heute kennen. Dies führte in den zwei Jahrzehnten darauf einerseits zur Rückkehr von insgesamt etwa 11 Millionen Gastarbeiter*innen, andererseits zu einem wachsenden Familiennachzug derer, die bleiben wollten, etwa drei Millionen. Ein Teil der Bleibenden begannen nun verstärkt, sich auf ein dauerhaftes Zusammenleben einzurichten, sich zu engagieren und auf Teilhabe zu pochen. Ein markantes Signal war der erste, vor allem von migrantischen Arbeiter*innen organisierte Streik in den Kölner Fordwerken, bei dem es um Lohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen ging. Langanhaltender war die beginnende Gründung von herkunftsbezogenen Sozial- und Kulturvereinen oder der Aufbau des ersten türkischen Theaters in der Bundesrepublik. Eine Welle von Restaurantgründungen und Kiosken begann das Bild der Städte zu verändern. Dennoch: Auf den Erwerb einer Staatsbürgerschaft, und damit auf umfassende Teilhabe, war kaum zu hoffen, obgleich die Migrant*innen umfassend in die Sozialsysteme, die Arbeitswelt, die Gesundheitsversorgung, das Schulsystem und die Rentenversicherung integriert waren.

Viele verlorene Jahre

Insbesondere die 80er Jahre gelten als ein „verlorenes Jahrzehnt“. Plamper zitiert eine Umfrage, nach der 1979 noch 42 % der Befragten für aktive Integrationsanstrengungen seitens der Politik plädierten, 1982 waren es nur noch 11 %. Der Rechtsextremismus bekam Aufwind, es gab Brandanschläge. Das Asylrecht wurde verschärft. Auf der anderen Seite wurden z.B. die vietnamesischen Boat People sehr willkommen geheißen, sowie viele Pol*innen, die wegen des 1981 verhängten Kriegsrechts flüchteten, und Sowjetbürger*innen, die als begehrte Fachkräfte gesucht waren. In der Praxis galt das Modell einer arbeitsmarktbezogenen Zuwanderung, in der Rhetorik dominierte das Mantra „Wir sind kein Einwanderungsland“. Unterdessen belebten zahlreiche Bürgerinitiativen, Projekte und Gründungen wie Pro Asyl, die Amadeu Antonio-Stiftung oder die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus und für Diversity und Zusammenhalt.

Willkommenskultur – von oben und von unten

In gewisser Weise war das neue Staatsangehörigkeitsrecht mit seinem Geburtsortsprinzip, das endlich am 1.Januar 2000 in Kraft trat, auch ein Stück Willkommenskultur. Jetzt war das endlich politisch klargestellt, aber in der Praxis fehlen noch immer viele Angebote. Was eine gelingende Dynamik der „Integration“ auszeichnet, sind attraktive Angebote mit echtem Gebrauchswert und keine Leitkulturdebatten oder gar Defizitlisten. Auch waren es eben die vielen Bürger*innen, die halfen, die zum Teil grotesken Defizite der Behörden abzumildern und sich konkret den Geflüchteten zuzuwenden. Eine aktuelle Untersuchung aus 2018 belegt, dass 19% aller Bürger*innen sich bis heute weiter für Geflüchtete engagieren. Und auch dies ist interessant: Überdurchschnittlich viele dieser Engagierten sind ehemalige Vertriebene oder deren Nachkommen.

Wir haben noch gar nicht ganz begriffen, dass die Bundesrepublik trotz vieler verpasster Chancen mittlerweile eine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft ist, resümiert Plamper. Jedenfalls sind wir auf einem guten Weg dahin, trotz der aktuellen Polarisierungen in unserer politischen Kultur.

Weitere zentrale Themen dieses neuen Standardwerks der politischen Bildung in Sachen Migration: die ostdeutsche Arbeitsmigration, Wandlungen in der Asylpolitik, die oft beargwöhnten Russlanddeutschen sowie die jüdische Einwanderung seit 1989.

Prof. Jan Plamper: "Das neue Wir. Warum Migration dazugehört: Eine andere Geschichte der Deutschen", 400 S., S. Fischer Verlag 2019

Am 17. Oktober 2019 wird Prof. Jan Plamper sein Buch in thematisch gegliederten Abschnitten im Rahmen eines Workshops vorstellen und diskutieren: Was hat funktioniert und warum? Welche Fehler können wir vermeiden? Braucht das „neue Wir“ eine kollektive Identität? Und zwar von 18-22 Uhr im Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung in der Sebastianstraße 21.

Wolfgang Lenk, Bezirksverordneter

Ein Platz für Maria von Maltzan

Der auch Bullenwinkel genannte kleine Platz am westlichen Ende des Naunynstraße wird nach Maria Gräfin von Maltzan benannt. Damit ehrt der Bezirk eine mutige, unangepasste und nicht nur während der Naziherrschaft widerständige Frau, die vielen Kreuzberger*innen noch in lebhafter Erinnerung sein dürfte.

Maria Gräfin von Maltzan kommt 1909 auf Schloss Militsch bei Breslau zur Welt. Trotz familiärer Widerstände macht sie 1927 ihr Abitur an der Elisabeth-Schule in Kreuzberg. In Breslau und München studiert sie Zoologie, Botanik und Anthropologie und arbeitet danach als Dolmetscherin und freie Journalistin. Sie ist in der Münchener Bohéme unterwegs, engagiert sich im Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Die Gestapo lädt sie mehrmals zu Verhören vor. „Das Pflaster in München fing an, zu heiß für mich zu werden“, erzählt sie in ihrer Autobiographie. 1935 zieht sie nach Berlin, studiert Veterinärmedizin, arbeitet beim Roten Kreuz und im Tierheim Lankwitz. Auch in Berlin engagiert sie sich im Widerstand. Noch bevor sie ihren späteren Mann, den jüdischen Schriftsteller Hans Hirschel, kennenlernt, den sie vor den Nazi-Schergen verstecken wird, nimmt sie 1937 einen Mann auf, der aus dem KZ Sonneberg entkommen konnte. Insgesamt mehr als 60 Menschen wird sie das Leben retten: Sie besorgt gefälschte Papiere, hilft als Fluchthelferin, bietet Unterschlupf. Dafür wird sie als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt werden. Sie überlebt Naziherrschaft und Krieg, verwirklicht ihren Traum einer eigenen Tierarztpraxis.

Maria Gräfin von Maltzan 1927 als Abiturientin in Berlin *Quelle: Wikipedia*

Doch schon 1949 wird ihr wegen der Abhängigkeit von Aufputsch- und Schmerzmitteln die Approbation entzogen. Sie schafft schließlich den Entzug, lebt zunächst von Sozialhilfe, kämpft, bis sie ihre Zulassung wiedererlangt. Anfang der 80er Jahre kehrt sie nach Kreuzberg zurück, kümmert sich in einer Praxis am Oranienplatz auch um die Hunde der Kreuzberger Punker*innen. In ihren Memoiren „Schlage die Trommel und fürchte dich nicht“ schreibt sie: „Meine Praxis ist zwar nur klein, aber ich bin in diesem Viertel geachtet, und ich habe mich mit der sehr bunten Jugend, den Punks und Alternativen, großartig arrangiert. Wenn ich abends mit meinen Hunden nach Hause komme und die Gestalten, die ich so treffe, auch manchmal etwas seltsam aussehen, so habe ich doch das Gefühl, unter Freunden zu sein.“

Nachdem die Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg bereits im Jahr 2018 beschlossen hatte, ein Diskussions- und Beteiligungsverfahren zur Benennung des auch „Bullenwinkel“ genannten Platzes am westlichen Ende der Naunynstraße nach Maria von Maltzan zu initiieren, fand Anfang April 2019 eine gut besuchte Veranstaltung im FHXB-Museum statt, wo Anwohner*innen und Interessierte diesen Vorschlag diskutieren und bewerten konnten.

Eine fast einstimmige Entscheidung

Nach Vorstellung der Person Maria von Maltzans und ihres Wirkens in Kreuzberg und einer angeregten Diskussion, begrüßten bis auf eine Anwohnerin alle Anwesenden* die Benennung nach Maria von Maltzan. Dennoch wurde vereinbart, noch über den Sommer hinweg Gelegenheit zu geben, die Diskussion zu vertiefen und gegebenenfalls auch andere Vorschläge einzubringen. Falls solche nicht eingehen sollten, würde der Ausschuss für Kultur und Bildung der BVV die Ehrung von Maria von Maltzan durch die Benennung des „Bullenwinkels“ empfehlen. Dies ist nun geschehen. Da der Platz keine direkten Anwohner*innen hat, die Adressen Naunynstraße 38 bis 53 erhalten bleiben und damit niemand als direkt Betroffene* widerspruchsberechtigt ist, könnte die Ehrung vielleicht sogar an ihrem 111 Geburtstag vollzogen werden, dem 25. März 2020.

Werner Heck, Bezirksverordneter

xhain STACHEL

Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)
Laura Eckl
Werner Heck (wh)
Anja Mallmann
Claudia Schulte
Rike Suckert (rs)

Freie Mitarbeiter*innen:
Rebecca Eilfort
Christian Könneke (ck)
Astrid Lamm

Kontakt zur Redaktion:
stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 2.500

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Angriff auf das kommunale Vorkaufsrecht

Politische Kräfte und Teile der Immobilienlobby versuchen, das kommunale Vorkaufsrecht zu Fall zu bringen. Umso mehr gilt es jetzt dafür zu kämpfen. Dafür braucht es aber die Unterstützung der gesamten Koalition.

Wir als Rot-Rot-Grüne Koalition haben uns 2016 im Rahmen des Koalitionsvertrags darauf verständigt, bis zu 10.000 Wohnungen bis zum Jahr 2022 anzukaufen bzw. zu rekommunalisieren. Denn gerade in den sogenannten Innenstadt-Bezirken sind nicht mehr viele Verdichtungspotentiale vorhanden, kommunale Grundstücke sind mehr als Mangelware und die Mieten galoppieren den Einkommen der Berliner*innen davon.

Neben gezielten Ankäufen des NKZ und Teilen der Karl-Marx-Allee durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen haben wir also in den sogenannten Gebieten mit sozialer Erhaltungssatzung (Milieuschutz) seit 2017 verstärkt das kommunale Vorkaufsrecht angewandt. Seitdem hat der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 28 Mal das Vorkaufsrecht ausgeübt und für 29 Häuser sogenannte Abwendungsvereinbarungen abgeschlossen. Ziel ist der Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und der Schutz vor akuter Verdrängung. Das Instrument war überfällig, denn bereits seit über elf Jahren kommt es in Friedrichshain-Kreuzberg immer häufiger zu Verdrängung der Bewoher*innen und sozialer Spaltung. Seitdem ist daher auch die Anzahl der Milieuschutzgebiete stetig gewachsen.

Mieten-Demo Sommer 2019 *Foto: fxhb*

Das Kapital schlägt zurück

Insgesamt konnten wir so 1.281 Wohnungen bzw. Haushalte vor dem Ausverkauf schützen – und damit steht unser Bezirk zum Glück nicht alleine da. Auch in Mitte, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Pankow, sowie einmal in Lichtenberg und Treptow-Köpenick wurde das Vorkaufsrecht genutzt, um Mieter*innen vor Verdrängung zu schützen.

Und das ist auch bitter nötig, denn immer mehr große aktiennotierte Wohnungsunternehmen oder luxemburger Fonds drängen auf den Berliner Wohnungsmarkt. Die Zinsen sind so niedrig, es fehlt an alternativen Anlagen und die Bundesgesetzgebung bedient „Investorenträume“ statt Mieterschutz zu betreiben, so dass der Wohnungsmarkt immer mehr zum Finanzmarkt verkommt – zum Schaden der Mieter*innen.

In den meisten Fällen hat der Bezirk zu Gunsten von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vorgekauft. Käufer*innen können den Vorkauf aber abwenden, wenn sie sich zur Einhaltung des Milieuschutzes verpflichten. Sie tun dies vertraglich durch eine Abwendungsvereinbarung. Darin wird für 20 Jahre u. a. auf mietpreistreibenden Modernisierungen und die Aufteilung der Mietshäuser in Eigentumswohnungen verzichtet. Wenn die Vereinbarung unterzeichnet wird, dann darf der Bezirk das Vorkaufsrecht nicht ziehen. Es gibt einige Hausgemeinschaften, die darüber immer wieder enttäuscht sind, weil sie sich verständlicherweise wünschen, dauerhaft in gemeinwohlorientierte Hände zu kommen. Jedoch lässt dies das Bundesbaugesetzbuch nicht anders zu und es ist dennoch ein richtiger Schritt hin zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums und ein Schutz, den sich viele wünschen würden.

Seit Beginn des Jahres sind Käufer*innen jedoch immer weniger bereit, diese Abwendungsvereinbarungen zu unterzeichnen. Die Hauptursache ist, dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und der Abverkauf dieser Wohnungen, am besten ohne Mieter*innen, die einträglichste Form der Immobilienverwertung ist. Seit drei Jahren nehmen Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen wieder zu, weil die in Berlin gültige Umwandlungsverordnung durch den Bundesgesetzgeber diese zwar einschränkt, jedoch ein großes Schlupfloch zulässt, das immer mehr sogenannte „Investor*innen“ nutzen. Zugleich konnten landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bei steigenden Verkaufspreisen den Vorkauf nicht umsetzen.

Der "Fall" DIESE eG

Im Mai 2019 wurde parallel für 13 Häuser das Vorkaufsrecht geprüft. Im Austausch mit den betroffenen Mieter*innen und mietenpolitisch aktiven Initiativen entstand daher die Idee, das Vorkaufsrecht zugunsten einer Genossenschaft auszuüben. Im Mai wurde eine Genossenschaft gegründet, mit dem Namen DIESE eG. Aufgrund der engen Fristen der laufenden Vorkaufsprüfungen und auf Wunsch der betroffenen Mieter*innen wurde ab Mai 2019 das Vorkaufsrecht in fünf Fällen, bei denen weder eine Abwendungsvereinbarung abgeschlossen werden konnte noch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft als Vorkäuferin zur Verfügung stand, das Vorkaufsrecht zu Gunsten der DIESE eG ausgeübt. Der Senat von Berlin hat deshalb zwischenzeitlich beschlossen, dass aus wohnungspolitischer und städtebaulicher Sicht auch Genossenschaften beim Vorkauf von Mietshäusern mit einem Zuschuss von zehn Prozent des Kaufpreises unterstützt werden können. Im Gegenzug dafür erhält das Land Berlin bei 25 bis 50 Prozent der Wohnungen eine soziale Belegungsbindung. Das heißt, diese Wohnungen müssen an Inhaber*innen eines Wohnberechtigungsscheins vermietet werden. Dieser Senatsbeschluss wurde im August vom Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses bestätigt.

Die DIESE eG hat bis heute neun Häuser erworben und zusammen mit den Hausgemeinschaften ein solidarisches Finanzierungskonzept aufgelegt.

Doch statt die DIESE eG zu unterstützen, hat die Opposition im Schulterschluss mit der Immobilienlobby zum Gegenangriff ausgeholt und versucht, die Genossenschaft öffentlich zu diffamieren. Von angeblichen Stasi-Verbindungen, fehlender Zahlungskraft bis hin zur „unlauteren Bevorzugung“ einer Genossenschaft durch unseren Stadtrat Florian Schmidt reichten die Vorwürfe. Die CDU twitterte eineinhalb Stunden nach dem ersten Zeitungsartikel sogar, dass sie über die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses nachdenke. Und das, obwohl die DIESE eG alle Vorwürfe entkräften konnte. Zwar ist ein Mitglied der DIESE eG in der Stasi aktiv gewesen, dies war aber der Genossenschaft nicht bekannt, zumal das Mitglied nicht aktiv war oder ist. Die Genossenschaft konnte ebenso belegen, dass sie allen ihr vertraglich auferlegten Forderungen bisher nachgekommen ist, es wurden schon zwei Überweisungen an Verkäufer getätigt. Die GLS Bank finanziert die Käufe.

Sie ist dafür bekannt Projekte zu finanzieren, die Boden und Häuser aus der Spekulationsspirale herausholen und gemeinwohlorientiert ausrichten.

Zugegeben, die Finanzierung ist kompliziert, das Finanzierungsmodell basiert auf fünf Säulen, es müssen Förderanträge gestellt und die Mieter*innen mit ins Boot geholt werden, und das Vorkaufsrecht mit seinen kurzen Fristen ist sowieso sehr komplex. Bedingung für die Genossenschaft ist, dass mindestens 70 Prozent der Mieter*innen dem Beitritt zustimmen, die übrigen bis zu 30 Prozent bleiben dann ganz normale Mieter*innen. Zudem sollen 25 bis 50 Prozent der neu zu belegenden Wohnungen bzw. auch im Bestand WBS-Wohnungen werden. Zwar kommt mit 500 Euro pro Quadratmeter ein großer Brocken Kosten auf die Genoss*innen zu, dabei gilt jedoch das Solidarprinzip: einige zahlen höhere und andere dafür niedrigere Anteile. Für alle Haushalte, die einkommensschwach sind, gibt es dafür auch ein Darlehen des Landes Berlin, wofür wir im letzten Haushalt 20 Millionen Euro eingestellt haben. Die ersten fünf Jahre gibt es für die einkommensschwachen Haushalte auch keine Mieterhöhung bzw. will sich die DIESE eG an den Mietendeckel halten.

Bleiberecht ohne Angst

Die DIESE eG bietet also einen Ansatz, um auch in schwierigen Fällen, den Mieter*innen ein Bleiberecht ohne Angst zu garantieren. Sie ist ein Notnagel für das Vorkaufsrecht und aus der Mieterschaft heraus entstanden. Daher ist eine Förderung im Sinne des Gemeinwohls richtig. Das kommunale Vorkaufsrecht muss auch deshalb gestärkt werden. Dazu ist mehr Kooperation mit vielen gemeinnützigen Bauträgern nötig. Gleichzeitig sind die landeseigenen Wohnungsunternehmen durch den Senat mehr in die Pflicht zu nehmen. Unsere Koalitionspartner*innen sollten uns und dieses Vorhaben dabei unterstützen, um die erfolgreiche Anwendung des Vorkaufsrechts konsequent weiter zu führen. Denn wir kämpfen für eine gemeinwohlorientierte Neuausrichtung unseres Wohnungsmarkts und den Schutz der Bewohner*innen. Und das ist schon schwer genug.

Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Grüne Verkehrs AG in Xhain gegründet

Mit dem Ziel, die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes in unserem Bezirk zu unterstützen, hat sich Anfang August eine neue Verkehrs AG gegründet. Gemeinsam mit den grünen Bezirksverordneten wollen wir durch Aktionen und Infostände die Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen für einen vorrangigen Rad- und Fußverkehr in Friedrichshain-Kreuzberg befördern und die Vernetzung mit bezirklichen Verkehrsinitiativen stärken.

Die Verkehrs AG trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat im Grünen Bürgerbüro, Großbeerenstraße 16 in Kreuzberg

Kontakt: ***Anne.burckhardt-schoen@gruene-xhain.de***

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de
Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142
Kreisgeschäftsführerin: Hedwig Gradmann
Bürozeiten:
Di 15-18, Do 12-15 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss
Aida Baghernejad, Nikolas Becker, Anne Burckhardt-Schön, Vasili Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt, Johanna Haffner Silvia Rothmund, Joana Zühlke

Treffen der Bezirksgruppe
Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Fraktion im Bezirksparlament
Yorckstraße 4-11 – 10965
fraktion-xhain@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion
Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930
Fraktionsassistentin: Britta Byszio
Bürozeiten:
Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr
Fraktionsvorstand:
Annika Gerold, Sarah Jermutus, Claudia Schulte, Julian Schwarze, Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin
Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: 66 76 30 00 - Fax: 29 35 08 75
Treffen: Mo 19 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses
Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de
Fon: 2325 2401 - Fax: 2325 2409
Turgut Altug, direkt gewählt I Fon: 2325 2430
Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt I Fon: 2325 2461
Antje Kapek I Fon: 2325 2401
Katrin Schmidberger, direkt gewählt I Fon: 2325 2474
Dr. Stefan Taschner I Fon: 2325 2446
Fatoş Topaç I Fon 2325 2427
Daniel Wesener I Fon 2325 2421

Wahlkreisbüros
Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek und Daniel Wesener I Dein grünes Büro
Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin
Mo und Di 10-14, Do 15-18 Uhr
Fon: 5210 1794
Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger und Dr. Stefan Taschner
Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin
Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr
Fon: 2362 9300

Unsere Vertretung im Bundestag
Canan Bayram
Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.bayram-gruene.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
canan.bayram@bundestag.de
Fon: 2277 8144 – Fax: 2277 0143
Wahlkreisbüro:
canan.bayram@wk.bundestag.de
Kreuzberg:
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
Fon: 6165 6961
Friedrichshain:
Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin
Fon: 46 79 35 30

Alles Gute, Christian! Am 7. Juni 2019 wurde Christian Ströbele 80 Jahre alt. Wir gratulieren als gesamter Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg ganz herzlich und freuen uns über einen Gastbeitrag der taz über Christians Wirken für die linke, alternative Tageszeitung.

Christian Ströbele und die taz

Hans-Christian Ströbele *Foto: ck*

Aus heutiger Sicht war es für mich ein Glücksfall, bei Tunix im Januar 1978 dabei gewesen zu sein und den Aufbruch einer neuen alternativen Gründerzeit mitzuerleben. Eine Woche nach dem Treffen, zu dem Tausende nach Berlin gekommen waren, gehörte ich zu denen, die mehr wissen wollten von dem Projekt, das bei Tunix als Traum einer neuen linken Tageszeitung vorgestellt wurde, und ging in das Berliner Lehrerzentrum, einer Fabriketage im Hinterhof der Neuköllner Hermannstraße.

Da saßen nun viele Neugierige im Stuhlkreis und die, die schon länger dabei waren, schauten recht misstrauisch auf diese Leute, die da jetzt gekommen waren, um mitzumachen. Man hatte Sorgen vor Unterwanderung durch versprengte Kader aus den sich auflösenden K-Gruppen. In Berlin wurde gerade der Verein „Freunde der alternativen Tageszeitung“, der als Trägerorganisation für die Aktiven in den Tageszeitungsinitiativen gedacht war, gegründet. Nun galt es, Kriterien zu finden, nach denen diese Initiativen, die sich in vielen Universitäts- und Großstädten bildeten, wachsen konnten, ohne von den Falschen übernommen zu werden. Solche Sachen wurden an diesem Abend diskutiert und Christian Ströbele schlug vor, den Beitritt neuer Mitglieder zu den Initiativen und in den Verein über ein Bürgschaftsmodell zu lösen, bei dem Vereinsmitglieder beim Eintritt für neue Interessenten bürgen sollten. Christian Ströbeles Agieren bei der Gründung der taz und ihrer Strukturen war strategisch ganz davon geprägt, die Unabhängigkeit der taz gegenüber illegitimen Einflüssen von außen zu bewahren. Ich glaube, das Verfahren mit den Bürgen wurde nie praktiziert, die Dynamik des Projektes ließ das nicht zu.

Christian war aber auch der Mann für ganz praktische Schritte. Es war ihm gelungen, einen Raum für die Berliner taz-Initiative zu finden, einen Laden in der Suarezstraße 41 im gediegenen bürgerlichen Charlottenburg nahe dem Lietzensee. Nun ging es um konkrete Schritte. „Das wichtigste ist der Teppich“, wusste Christian. Menschen mit Erfahrung kannten sich damit aus, dass es in solchen Läden immer sehr fußkalt war. Geheizt wurden sie mit Ölöfen und die Schaufensterscheiben bestanden aus einfachem Glas. Die Zeiten waren damals noch nicht so wärmegedämmt wie heute. Zur vorteilhaften Lage gehörte nicht nur der nahe Lietzensee, sondern auch die unmittelbare Nähe zur ersten Geschäftsstelle der Alternativen Liste, wie die Grünen damals in Berlin hießen, gleich um die nächste Straßenecke. Die AL verfügte schon über einen Fotokopierer, so etwas konnte sich die taz nicht leisten. Der Laden in der Suarezstraße wurde für ein Jahr zum Headquarter der Berliner taz-Initiative bis zum Umzug in die

Hans-Christian Ströbele und Karl-Heinz Ruch (rechts) beim Nationalen Plenum der taz 1991 *Foto: taz*

ersten Redaktionsräume in der Weddinger Wattstraße im Januar 1979.

Strategie und Praxis hatten in den ersten Jahren der taz einen ganz unterschiedlichen Stellenwert. Es wurde wahnsinnig viel debattiert, Probleme mussten durch lange Diskussionen zu Lösungen gebracht werden. Es gab ständig Versammlungen, auch überregionale Treffen der taz-Initiativen. Spätestens seit dem regelmäßigen täglichen Erscheinen ab April 1979 zog aber die disziplinierende Wirkung des Redaktionsschlusses in das Kollektiv ein, eine besonders nachhaltige Erfahrung bei diesem learning by doing. Christian Ströbele war in diesen Jahren kein Mitarbeiter der Redaktion, aber ein ständiger Betreuer. Mit seinem Citroën GS und Hütehund Bobo auf dem Beifahrersitz kam er regelmäßig mit belegten Brötchen zu den Versammlungen, stritt mit autonomen Besetzern der Redaktion oder mit den Staatsanwälten der Politischen Abteilung bei den immer wieder stattfindenden Durchsuchungen um die Unabhängigkeit der Presse. Dem Kollektiv war er ein Vermittler und der Redaktion ein juristischer Berater und Anwalt. Übrigens Citroën GS, Christian fuhr sehr gern Auto, niemals Fahrrad, und immer sehr zügig über dem erlaubten Tempo. Ein Vergnügen waren die Kontrollen an den Grenzen, wenn es zu den Treffen nach Westdeutschland ging, unterhaltsam und respektlos das Feixen mit den DDR-Grenzern, wenn wieder das linke Ohr freigemacht werden sollte - warum?

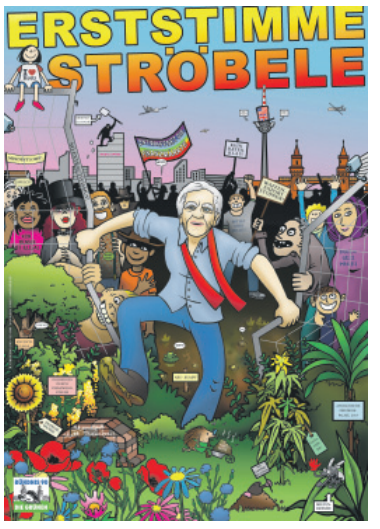
Mitte der 1980er Jahre zeigte sich, dass die taz länger bleiben würde als von den meisten erwartet, anders als „Die Neue“, ein traditionssozialistisches Blatt, das aus dem Berliner Extradienst hervorgegangen war, aber wieder eingestellt wurde. Die taz wurde mit den ökologischen und sozialen Bewegungen der achtziger Jahre groß, parallel zu den Grünen. 1985 ging Christian Ströbele als Bundestagsabgeordneter für die Grünen nach Bonn. Von der taz erhielt er einen gläsernen Koffer mit 100 DM Scheinen, Schokoladengeld.

Richtig zur Sache ging es nach dem Fall der Mauer. Zehn Jahre nach ihrer Entscheidung für West-Berlin als Standort für die Zentralredaktion war die taz nun zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Geschichte spielte sich vor ihrer Haustür ab. Die Freude währte aber nur kurz, 1991 kamen die Depressionen. Die Berlinsubventionen, von denen nicht nur die taz lebte, wurden gekappt und das Leben in Berlin wurde teuer. Die taz musste sich neu erfinden, wenn sie überleben wollte. Die Mehrheit in der Redaktion, die nach einem Investor oder großen Verlag suchte stand der Mehrheit im Verlag gegenüber, die die taz irgendwie unabhängig erhalten wollte. Die Redaktion wurde von Horst Mahler beraten, der Verlag von Christian Ströbele. Zweimal wurde in die Schlacht gezogen, zur Mitgliederversammlung des Vereins „Freunde der alternativen Tageszeitung e. V.“, auf der schließlich die Überführung der taz in eine Genossenschaft beschlossen wurde. Die Idee dazu hatte der heutige SPD-Politiker Olaf Scholz, der damals Justitiar beim Revisionsverband der Konsumgenossenschaften in Hamburg war.

Bei der Gründung der taz Genossenschaft zeigte sich Christian Ströbele als weitsichtiger Stratege. Die Tradition des Kollektivs und der Selbstverwaltung wurde in der Genossenschaftssatzung verankert. Die Mitarbeitenden haben wichtige Sonderrechte. Die taz ist eine Produktionsgenossenschaft der Mitarbeitenden innerhalb einer Konsumgenossenschaft der LeserInnen. Über 17.700 taz-GenossInnen sichern heute mit ihren Anteilen die wirtschaftliche Unabhängigkeit der taz. Auch die Kombattanten von einst wissen, wie sehr sich dieses Modell für die taz bewährt hat, die es längst nicht mehr geben würde, wenn damals andere Entscheidungen gefällt worden wären.

Die Wege der Grünen und der taz sind gleich lang, haben sich aber oft gekreuzt, genähert und entfernt. Christian Ströbele ist auf beiden Wegen gegangen. Die taz Genossenschaft hat ihn in das Kuratorium der taz Panter Stiftung berufen. Diese Stiftung wurde von der taz gegründet, um von der Solidarität, die die taz über viele Jahre erfahren hat, etwas an junge Menschen weiterzugeben und ihnen Wege zu einem kritischen und unabhängigen Journalismus zu zeigen. Die taz Panter Stiftung ist eine aktiv handelnde Stiftung, sie initiiert eigene Projekte und ihr Kuratorium, in dem neben Christian Ströbele andere langjährige UnterstützerInnen, RedakteurInnen und Gründer der taz arbeiten, ist ihr kreativer Kern.

Karl-Heinz Ruch,
taz-Geschäftsführer



Wahlplakat von Ziska Riemann für den Erststimmenwahlkampf von Ströbele 2013

Mehr Schutz vor Diskriminierung

Das Landesantidiskriminierungsgesetz schließt wesentliche Lücken

Vereinfacht gesagt besteht beim Thema Diskriminierung in Berlin gerade folgendes Problem: Wenn Frau Meier mit Herrn Müller einen Vertrag schließt und ihn dabei diskriminiert, dann hat Herr Müller juristische Möglichkeiten sich gegen diese Diskriminierung zu wehren. Wenn Herr Müller eine Genehmigung bei einem Amt beantragt und dabei diskriminiert wird, dann hat Herr Müller faktisch kaum juristische Möglichkeiten sich zu wehren.

Ansprüche auf Schadenersatz und Entschädigung

Oder anders formuliert: Es besteht zwar ein umfangreicher rechtlicher Schutz vor Diskriminierung in Berlin. Aber eben nur zwischen Privatpersonen und im Arbeitsleben. Im Verhältnis zwischen Staat und Bürger bestehen hingegen Gesetzeslücken. Der Entwurf des bundesweit ersten Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) schließt diese Gesetzeslücken.

Das Gesetz stärkt an drei zentralen Punkten die Rechte der von Diskriminierung betroffenen Menschen: Es sieht Ansprüche auf Schadenersatz und Entschädigung vor. Das Gesetz erleichtert es den Betroffenen Diskriminierung nachzuweisen. Und zudem stärkt das Gesetz die Betroffenen indem es ihnen anerkannte Antidiskriminierungsverbände zur Seite stellt, wenn die Betroffenen das wollen.

Wenn Menschen von staatlichen Stellen in ihren Rechten verletzt werden, dann sollten sie einen Anspruch auf Schadenersatz und Entschädigung haben. Das gilt selbstverständlich auch im Fall von Diskriminierung. Wenn Menschen also von staatlichen Stellen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres sozialen Status oder ihrer Sprache diskriminiert werden, dann sollten sie einen finanziellen Ausgleich verlangen können. Bislang fehlen derartige Ansprüche. Das LADG schafft sie.

Diskriminierung leichter nachweisen

Bislang müssen diskriminierte Menschen rechtssicher beweisen, dass sie von staatlichen Stellen diskriminiert wurden. Das ist für die Betroffen häufig schwierig. Nach dem LADG reicht es künftig aus, wenn die Betroffen bestimmte Indizien vortragen. Dann muss die Behörde beweisen, dass sie nicht diskriminiert hat. Das LADG stellt damit ein juristisches Mittel zur Verfügung, das in anderen Rechtsgebieten bereits bekannt ist: Eine sogenannte Vermutungsregelung.

Viele Menschen schrecken davor zurück, sich juristisch gegen staatliche Diskriminierung zu wehren. Es ist kompliziert, es ist eine zusätzliche psychische Belastung und es ist mit einem Kostenrisiko verbunden.

Daher wird anerkannten Antidiskriminierungsverbänden ein Verbandsklagerecht eingeräumt. Die Verbände können mit einer Klage also feststellen lassen, dass eine Diskriminierung vorliegt. Auch das ist ein Werkzeug aus dem Handwerkskoffer des Rechts, das in anderen Bereichen bereits angewendet wird.

Die Rolle der Antidiskriminierungsverbände

Schadenersatz- und Entschädigungsansprüche, Beweiserleichterungen für die Betroffenen und Verbände, die den Betroffenen zur Seite stehen. Neben vielen weiteren Neuerungen sind dies die wesentlichen Elemente des Landesantidiskriminierungsgesetzes. Damit verbessert das Landesantidiskriminierungsgesetz in Berlin den Schutz vor staatlicher Diskriminierung. Parallel dazu werden die Berliner Verwaltungsmitarbeitenden fortgebildet, um ihnen Sicherheit beim Thema diskriminierungsfreies Handeln zu geben.

Der Gesetzentwurf zum LADG wurde im Juni vom Berliner Senat beschlossen. Aktuell wird er in den Ausschüssen des Parlaments beraten. Gerade in Zeiten, in denen die Gleichheit aller Menschen in Zweifel gezogen wird, soll dieses Gesetz allen Menschen in Berlin egal welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe und Herkunft aufzeigen, dass es auch ihre Verwaltung ist.

Dirk Behrendt,
Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung